



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr.2/2010

**Recht: Stichtage
auf dem Prüfstand**

**Saxophonist und
politischer Flüchtling**

**Politische Kriminalpolizei
in der DDR**



Aktuell

- 3 Urteil stärkt Aufarbeitung
UOKG-Forderungen Verbesserung Opferrente
Diktaturenvergleich
ISOR-Petition
Kommentar

Dokumentiert

- 4 Mahnmal für Kommunismus-Opfer

Recht

- 5 Stichtage auf dem Prüfstand

Das Interview

- 6 Gespräch mit Exil-Kubaner Juan de Dios

Thema

- 8 Die politische Kriminalpolizei der DDR K 1

Berichte

- 11 Interniertenforschung
Zeitzeugenarbeit
- 12 Gedenken an Malchow Jugendliche
- 13 Posttraumatische Störungen nach Flucht und Vertreibung

Verbände

- 14 UOKG-Projektsitzung
Aufklärung statt Vergessen
Suchanzeige
- 15 Buchpräsentation Gulag-Häftlinge
Rosenbaum-Held gestorben
Leserbrief

Zeitzeugen

- 16 Hauptmann „Hundeschulze“

Service/Bücher

- 17 Studentischer Widerstand
Doppelte Verfolgung
Familien-Verrat
- 18 Zwischen Waldheim und Workuta
Das MfS tanzt mit
Und dennoch überlebt
- 19 Kunst aus dem Gulag
Erinnern – nie vergessen
Buchtip

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. 1945 Einrichtung eines sowjetischen Speziallagers auf dem Gelände, ab Oktober 1946 im Keller zentrales sowjetisches Untersuchungsgefängnis, 1951-1989 zentrale U-Haftanstalt des MfS, Inhaftierungsort Tausender politischer Häftlinge; Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; öffentliche Rundgänge für Einzelpersonen ohne Voranmeldung: Mo-Fr jeweils 11, 13 u. 15 Uhr, Sa, So u. feiertags stündlich zw. 10 u. 16 Uhr; geführte Rundgänge für Gruppen: tägl. zw. 9 u. 16 Uhr, ab acht Personen Anmeldung erforderlich; Besucherdienst Tel. (030) 98 60 82 30

Selbstaufgabe

Verzichten wir freiwillig auf Respekt und Menschenwürde?

Von Horst Schüler

Revolte im Kopf: Warum schreibst du das eigentlich? Glaubst du noch immer, auch nur eine Winzigkeit verändern zu können? Weshalb ziehst du dich nicht zurück in die Kammer der Resignierten? Und überhaupt, was hat das im „stachel-draht“ zu suchen?

Aber vielleicht gehört es gerade hierher. Der „stachel-draht“ ist doch Sprachrohr der Frauen und Männer, die einmal angetreten sind für Freiheit, für Recht und für Ordnung. Und nun haben wir das ja alles. Und fragen uns dennoch manchmal: Ist das eigentlich die Demokratie, die uns vorschwebte? Sind wir dafür in die Gefängnisse gegangen? Sind dafür Tausende hingerichtet worden?

Zum Beispiel für eine Gesellschaft, in der Parteien Gemeinsamkeit nur dann finden, wenn es um Macht in Regierungsämtern geht? In der nach Wahlen längst nicht mehr gilt, was vordem versprochen wurde? In der Politiker ihren Streit oft in kaum noch zu überbietender Gehässigkeit austragen? In der Kinder Koma-Saufen veranstalten? In der sie Idole anhimmeln, die sich ungehemmt dem Drogen-Konsum hingeben? In der Lehrer Angst vor ihren Schülern haben? In der Menschen krankenhausreif oder totgeschlagen werden, einfach nur so, ohne jeden Grund? In der Geschäfte und Sparkassen am hellichten Tage überfallen werden? In der man alles sein möchte, nur nicht Taxifahrer bei Nacht? In der Parlamente vernünftige Gesetze erlassen, nur nicht dafür sorgen, daß sie auch eingehalten werden? Und in der Manager Millionen-Abfindungen kassieren, nachdem sie ihre Firma an die Wand gefahren haben?

Ach ja, unser Fernsehen. Manche meinen, es trage zur kulturellen Entwicklung bei wie Computer-Spiele. Etwa bei SAT, wo montags bis freitags blutungen und manchmal auch älteren Menschen mittels Tests geholfen wird, den Vater ihres

Kindes zu ermitteln, erzeugt bei einem „One-Night-Stand“, wie es neudeutsch heißt. Oder man der interessanten Frage nachgeht, ob füllige Partner besseren Sex garantierten als schlanke. Und vom Unterhaltungsniveau des RTL-„Titanen“ Dieter Bohlen wollen wir gar nicht erst reden. Immerhin ist der ja sogar mehrfacher „Echo“-Preisträger. Wer darob verwundert ist, der staunt vermutlich auch darüber, daß Romane wie „Feuchtgebiete“ hierzulande zur großen Literatur gezählt werden.

Nun läuft ja schnell Gefahr, als Spießer verschrien zu werden, wem das alles nicht gefällt. Oder er wird gar in die Populisten-Ecke gestellt. Sei's drum, ich wäre dennoch froh, wenn junge Menschen wieder lernten, in der überfüllten Bahn einer alten Dame ihren Platz anzubieten. Um nur ein Beispiel dafür zu nennen, was einst als Synonym für Anstand und Sitte galt und doch lediglich den Respekt meint, den man anderen gegenüber haben sollte.

Sollte! Aber gehört das nicht alles auch zu einer demokratischen Gesellschaft, wie wir sie uns gewünscht haben? Spüren diejenigen, die unseren Staat lenken, spüren sie nicht, daß sich immer mehr Menschen ihnen verweigern? Der Philosoph Peter Sloterdijk hat jüngst erst gesagt, Grundprinzip der Politik sei nicht etwa Zynismus, wie er ursprünglich vermutete, nein, Grundprinzip sei vielmehr Dummheit.

Dem muß man nicht unbedingt beistimmen. Aber unsere Gedanken revoltieren eben manchmal. Du änderst ja doch nichts, sagen sie. Und dann schreibt man sich trotzdem seinen Frust von der Seele. Warum? Vielleicht weil wir besser als andere wissen, daß es ja viel, viel schlimmere Gesellschaftsordnungen gibt als unsere. Vielleicht aber auch, weil wir in langen Haftjahren gelernt haben, die Hoffnung zu bewahren.

Urteil stärkt Aufarbeitung

(bsta) Das Landgericht Dresden entschied in einem Prozeß, der die namentliche Erwähnung eines IM zum Gegenstand hatte, für die Wissenschaftsfreiheit. Die Bielefelder Historikerin Hedwig Richter, Stipendiatin der Bundesstiftung Aufarbeitung, analysiert in ihrer Dissertationschrift „Pietismus im Sozialismus. Die Herrnhuter Brüdergemeinde in der DDR“ Handlungsmöglichkeiten einer Kirche unter den Bedingungen des Staatssozialismus. Eine in dem Buch als Informant der Staatssicherheit bezeichnete Person stellte Antrag auf einstweilige Verfügung mit der Begründung, ihre umfangreiche Stasi-Akte sei in wesentlichen Teilen Erfindung des MfS. Das Gericht wies den Antrag zurück und stärkte mit seinem Urteil (Landgericht Dresden, Az 3 O 2987/09 EV) vom 4.2.2010 den Auftrag der Geschichtsschreibung zur „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, zumal hier auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit tangiert wird“.

Abbau von Ungerechtigkeiten muß weitergehen

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat die Bundesratsinitiative zum Abbau von Ungerechtigkeiten bei der Opferrente (s.S. 5)

begrüßt. Gleichzeitig wies sie auf die dringende Notwendigkeit weiterer Verbesserungen hin. Dazu gehöre: die Aufnahme der bisher nicht berücksichtigten Opfergruppen ins Gesetz, speziell die ehemaligen zwangsdeportierten Frauen, ehemalige Häftlinge mit weniger als sechs Monaten Haftzeit, Opfergruppen wie z.B. Zwangsausgesiedelte oder Zersetzungsopfer, politische Opfer der Psychiatrie, aus politischen Gründen in Jugendwerkhöfe u.ä. eingewiesene Jugendliche. Darüber hinaus solle die Opferrente ähnlich der Altersrente auf Witwer und Witwen vererbbar, gestaffelt nach Haftdauer, die Bedürftigkeitsprüfung abgeschafft und – angesichts der Ehrenpension für Minister der letzten DDR-Regierung – auf 750 Euro erhöht werden.

Erben gegen Vergleich

(st) Scharf kritisiert haben Opferverbände und der Dachverband UOKG den Rückfall in die Tabuisierung des Diktaturenvergleichs.

Nach Protesten der Linkspartei gegen eine geplante Fortbildungsveranstaltung für Lehrer in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle mit dem Thema „Diktaturenvergleich als Methode der Extremismusforschung“ hatte sich der Staatssekretär im Innenministerium von Sachsen-Anhalt, Rüdiger Erben (SPD), von einem solchen Vergleich distanziert und ein Teilnahmeverbot für Mitarbeiter des Verfassungs-

schutzes und der Gedenkstättenstiftung ausgesprochen. „Wer nicht verglichen will, hat schon verglichen“, erklärte dazu die UOKG. Prinzipiell sei alles miteinander vergleichbar, wenn man Unterschiede und Gemeinsamkeiten erforschen wolle. Wer einen Vergleich als Gleichsetzung interpretiere, gehöre auf die Klippschule, aber nicht in ein Staatsamt.

Inzwischen hob Erben das Teilnahmeverbot auf, will aber selbst anstelle des eingeladenen Verfassungsschützers sprechen.

Stasi droht mit Grundgesetz

(st) Ende Januar dieses Jahres übergab die Vereinigung ISOR e.V., Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine Sammelpetition mit über 73 500 Unterzeichnern. Mit dem Vorwurf des „Rentenstrafrechts“ fordern die Petenten eine vollständige rentenrechtliche Gleichstellung von MfS-Mitarbeitern und DDR-Funktionären gegenüber anderen ehemaligen DDR-Bürgern. Das herrschende „Versorgungs-Unrecht“ sei grundgesetzwidrig hinsichtlich Menschenwürde, Gleichheitsgebot und Eigentumsschutz. Weiter wird bestritten, daß das höhere Einkommen MfS-Angehöriger im Vergleich zum Durchschnitt Selbstprivilegierung gewesen sei.

Kommentar

Kuscheln fehl am Platz

Am 23. Februar 2010 starb der kubanische politische Häftling Orlando Zapata Tamayo nach einem Hungerstreik, den er wegen Folterungen im Gefängnis begonnen hatte. Seine Mutter, die ihn einen Tag vor seinem Tod besuchte, stellte Verletzungen durch Mißhandlung fest. Der kubanische Menschenrechtler Elizardo Sánchez sprach von „vorsätzlichem Mord“, weil die Castro-Diktatur rechtzeitige medizinische Hilfe verweigerte. Zur Beerdigung verhaftete das Regime für kurze Zeit über einhundert Personen in seinem Heimatort, um deren Teilnahme zu verhindern. Tamayo war zu insgesamt 36 Jahren politischer Haft verurteilt worden. Damit übertrifft Castro sogar die berühmten sowjetischen Gerichte nach 1945, die in der Regel „nur“ 25 Jahre Zwangsarbeit verhängten.

Inzwischen sind vier weitere politische Häftlinge auf der karibischen Insel in einen Hungerstreik getreten, ebenso wie der prominente Journalist Guillermo Farinas Hernández. Ihm war 2006 der Menschenrechtspreis der Stadt Weimar verliehen worden, den stellvertretend Maria

Elena Morejon Rodriguez aus Hannover entgegennahm, weil er das Land nicht verlassen durfte.

Es ist skandalös, daß bisher weder die deutsche Bundesregierung noch der Außenminister zu dem Verbrechen Stellung nahmen oder protestierten. Nach diesem Mord stehen Deutschland und die Europäische Union vor dem Scheitern ihrer Kuba-Politik. Obwohl kubanische Oppositionelle seit Jahren darauf hinweisen, daß die „Kuscheltaktik“ gegenüber der Castro-Diktatur keine Änderung ihrer repressiven Politik bringt, wurde seit langem auf Sanktionen verzichtet. Für die meisten Kubaner ist es auch unerträglich, daß der Wechsel von Fidel zu Raúl Castro ohne Legitimierung durch Wahlen von der EU inzwischen akzeptiert wird. Zwar sind die Jahre der Diktatur gezählt, doch die europäischen Politiker scheinen zu vergessen, daß irgendwann einmal die Gretchenfrage gestellt wird: Wie habt ihr es mit den Unterdrückten gehalten? Auf welcher Seite standet ihr?

A.O.

Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft

Im Herbst 1989 forderten mutige und couragierte Bürger in mächtigen Demonstrationen vom SED-Regime freiheitliche und demokratische Rechte. In der Friedlichen Revolution erzwangen sie den Rücktritt der DDR-Regierung, die Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze sowie die ersten freien Wahlen.

Heute leben wir im wiedervereinigten Deutschland in lang ersehnter Freiheit und Demokratie. Doch viele durch Haft und Verfolgung Getötete, Verwehrte und Gebrochene der kommunistischen Diktatur nach 1945 sind nicht mehr unter uns oder haben nicht die Kraft, sich mit uns zu freuen. An diese mutigen Frauen und Männer, die über Jahrzehnte immer wieder das System kritisierten und unermüdlich für Freiheit und Demokratie eintraten, wollen und müssen wir uns erinnern. Ihr jahrelanger, entbehrungsreicher Kampf war eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Friedlichen Revolution. Diese Erinnerung braucht einen angemessenen und würdigen Ort des kollektiven Gedenkens.

Wir wollen, dass ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989 als nationales Zeichen an einem zentralen Platz in der Hauptstadt unseres wiedervereinigten Landes errichtet wird.

Dieser Ort soll dem Gedenken an diese Opfer gewidmet sein und dauerhaft an die zerstörerische Macht des kommunistischen Gesellschaftssystems erinnern. Unsere Initiative ist unmittelbar mit der intensiven und bis heute andauernden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur verbunden, indem

sie deren Folgen für die deutsche Nation thematisiert. Die gemeinsame Wahrnehmung der Verluste nach 1945, die erinnernde Rückbindung an die Toten und Leidtragenden des Systems, wird uns helfen, auch diese Zeit und ihre Erfahrungen im Gedächtnis zu bewahren.

Nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus wurde im sowjetisch besetzten Sektor Berlins die Zentrale der Sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland errichtet. Mit der Gründung der DDR entstand hier das staatliche und repressive Machtzentrum der SED. Deshalb sollte das zentrale Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem repräsentativen Ort der deutschen Hauptstadt errichtet werden.

Als Folge des Zweiten Weltkrieges erlebte Deutschland und Europa eine Teilung in demokratisch verfasste Staaten einerseits und denen des sowjetischen Machtimperiums andererseits. In Ostdeutschland begann 1945 der Aufbau einer kommunistischen Diktatur. Für die Menschen, die hier leben mussten, folgten 44 Jahre in Unfreiheit, Angst vor Verfolgung oder unwürdiger Anpassung und Unterordnung. Mit der Würdigung des aktiven Widerstandes gegen diese Diktatur sowie dem Gedenken an die Opfer von Repression und staatlicher Willkür soll 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ein wesentlicher Beitrag zur Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Teilungsgeschichte erbracht werden.

Zwar gibt es inzwischen nicht wenige Gedenkorte für die Zeit nach 1945 in den neuen aber auch in den alten Bundesländern. Jedoch sind die meisten von ihnen

einzelnen lokalen Geschichtsereignissen oder Verfolgten gewidmet.

In vielen Hauptstädten des früheren Ostblocks, dem damals kommunistisch beherrschten Teil Europas, wird heute schon der millionenfachen Opfer der Verbrechen nach 1945 würdig gedacht. Sei es in Prag, Budapest, Sofia, Tartu oder in Moskau vor dem Hauptquartier der ehemaligen sowjetischen Geheimpolizei auf dem Lubjanka-Platz – überall finden wir repräsentative Stätten gegen das Vergessen. In Washington D. C. wurde 2007 ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus eingeweiht, für das sich neben amerikanischen Politikern namhafte Vertreter des europäischen Widerstandes wie Vaclav Havel und Lech Walesa einsetzten. Zwanzig Jahre nach dem Ende der Diktatur im Osten Deutschlands drängt es uns, für die Errichtung eines solchen Ortes in Berlin einzutreten.

Ein rein künstlerisches oder architektonisches Zeichen aufzustellen, wird dieser Aufgabe jedoch nicht ausreichend gerecht. Über den moralischen Auftrag des Erinnerns und Mahnens hinaus bedarf es der politischen Bildungsarbeit. Denn diejenigen, die die Zeit der Diktatur und Verfolgung bis 1989 nicht erlebten – und das ist die Mehrheit der jetzigen und so wieso der zukünftigen Deutschen sowie der vielen in- und ausländischen Gäste – brauchen konkretes historisches Wissen über den realen Kommunismus. Um die Verluste, das Erlittene und die Folgen zu verstehen, ist Grundwissen über die Herrschaftsform, den Unterdrückungsapparat und die Opfer nötig. Deshalb erscheint es uns unerlässlich, das Mahnmal mit einem Ort der Information zu verbinden.

Unsere Initiative braucht viele Unterstützer, die die Auseinandersetzung um die Interpretation der jüngsten Vergangenheit nicht scheuen und den öffentlichen Diskurs darüber führen wollen.

Wir, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V., weitere Opferverbände und politisch Verfolgte rufen dazu auf, unsere Initiative sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch politisch und finanziell zu unterstützen.

Initiative Mahnmal
Vorsitzender Ernst-O. Schönemann



Der „Solowezkij-Stein“: 1990 in Moskau auf dem Lubjanka-Platz eingeweiht, war dieses erste landesweite Mahnmal für die Opfer kommunistischer Repression zunächst nur als Provisorium gedacht.

Stichtage auf dem Prüfstand

Bundesgerichtshof und Bundestag müssen entscheiden

Es kommt selten vor, daß sich das höchste deutsche Gericht mit Fragen der Opferrente beschäftigen muß. Dies liegt an der Struktur der Rehabilitierungsgesetze. In erster Instanz entscheidet das Landgericht – sowohl bei der Rehabilitierung selbst, als auch bei der Gewährung der Opferrente nach Ablehnung durch die Bewilligungsbehörde. Das Gericht entscheidet, so sieht es das Gesetz vor, durch Beschluß. Gegen einen Beschluß gibt es nur ein Rechtsmittel, nämlich die Beschwerde. Legt der Betroffene Beschwerde gegen einen Beschluß ein und hilft das Landgericht dieser Beschwerde nicht ab, so kommt der Fall vor das Oberlandesgericht (OLG). Dieses entscheidet dann in letzter Instanz. Der Beschluß des OLG ist sofort rechtskräftig. Ist eine Entscheidung rechtskräftig, kann kein Rechtsmittel dagegen eingelegt werden. Die Entscheidung steht für alle Zeiten, mag sie auch falsch sein.

Warum aber müssen die Karlsruher Richter demnächst dennoch in einem Fall über eine Frage der Opferrente entscheiden? Schuld daran ist eine Vorschrift aus den Untiefen des deutschen Prozeßrechts: § 121 Abs. 2 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Diese Vorschrift schreibt dem OLG vor, eine Sache dem Bundesgerichtshof (BGH) vorzulegen, wenn es bei seiner Entscheidung von der Entscheidung eines anderen Oberlandesgerichts abweichen will. Dies hat das OLG Thüringen getan, und zwar in einer Frage, die sehr viele Berechtigte der Opferrente betrifft. In der Vorlage geht es um den Zeitpunkt, von dem an die Opferrente ausgezahlt werden muß.

Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) sieht eindeutig vor, daß die Opferrente ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung gezahlt wird. Lag aber zu diesem Zeitpunkt noch kein Rehabilitierungsbeschluß vor, so verweigerten viele Stellen die Bewilligung ab Antragsstellung, erteilten sie vielmehr erst ab Rehabilitierungsbeschluß. Zwei Oberlandesgerichte, Naumburg und Brandenburg, gingen mit dieser Linie konform. Ohne den Rehabilitierungsbeschluß, so das OLG Naumburg, sei der Betroffene nicht „Berechtigter“ der Opferrente. Brandenburg ergänzte, der Anspruch entstehe erst mit der Rehabilitierung. Andernfalls, so das Gericht, laufe der Anspruch „ins Leere“ und könne „nicht als gestellt“ gelten. Das Thüringer OLG will – mit sehr

guten und sorgfältig abgewogenen Argumenten – von dieser Rechtsprechung abweichen. Es hat die Frage, wie von § 121 Abs. 2 GVG verlangt, dem BGH zur Entscheidung vorgelegt. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein. Über den Fortgang des Verfahrens wird weiter berichtet werden.

Auch eine andere strittige Frage des StrRehaG scheint bald geklärt zu werden. Es geht darum, wie der Begriff „sechs Monate“ im Sinne des § 17 Abs. 1 StrRehaG auszulegen ist. Sechs Monate beträgt der Zeitraum, den Betroffene mindestens in Haft verbracht haben müssen, um in den Genuß der Opferrente zu gelangen. Für die Berechnung des Zeitraumes gibt es zwei Möglichkeiten: 1. Man geht davon aus, daß es sich um volle sechs Kalendermonate handeln muß. Demnach käme es auf die Anzahl der Tage, die man in Haft verbracht hatte, nicht an. 2. Man setzt in Anlehnung an das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) einen Monat auf dreißig Tage fest. Sechs Monate entsprächen dann einem Zeitraum von 180 Tagen. Legt man die erstgenannte Berechnungsweise zugrunde, so kann dies bei Betroffenen, die zwar mindestens 180 Tage, jedoch keine vollen sechs Kalendermonate im Gefängnis saßen, dazu führen, daß sie von der Opferrente ausgeschlossen sind.

Nun stellt sich dieses Frage nur für wenige Betroffene. Denn alle Bundesländer haben sich für die Berechnung nach BGB entschieden. Alle? Nein, es gibt ein unbeugsames gallisches Dorf, das anders verfährt. Dieses gallische Dorf heißt Brandenburg. Das brandenburgische OLG hat sich bereits mehrfach für die Berechnungsweise nach vollen Kalendermonaten entschieden. Inzwischen hat aber das Landgericht Potsdam mit Beschluß vom 10. Juli 2009 seine Rechtsprechung geändert: Die Berechnungsweise habe nach BGB zu erfolgen. Die Sache liegt derzeit bei dem brandenburgischen OLG und wartet auf Entscheidung.

Dessen neuerliche Entscheidung könnte jedoch bald im Sinne der BGB-Berechnung feststehen. Denn nicht nur die Gerichte, auch die Politik beschäftigt die Frage der Mindesthaftdauer, die neben einigen anderen Gegenstand eines Gesetzentwurfes des Bundesrates ist, den dieser am 12. Januar 2010 beschlossen hat. Diesem Entwurf zufolge soll die For-

mulierung der „sechs Monate“ durch „180 Tage“ ersetzt werden. Die Frage wäre dann endgültig geklärt. Daneben hat der Bundesrat noch weitere Neuerungen beschlossen. Besonders zu begrüßen ist die Besserstellung von Kindern und Familien bei der Berechnung des Einkommens. Auch werden künftig von dem Einkommen die „angemessenen Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge“ abgezogen, d.h., diese werden bei der Einkommensberechnung künftig nicht berücksichtigt.

Aufsehen erregte jener Teil des Gesetzentwurfes, nach welchem künftig Personen, gegen die eine mindestens dreijährige Freiheitsstrafe aus nicht-politischen Gründen verhängt worden war, die Opferrente nicht mehr gewährt werden soll. Bislang waren nur diejenigen von der Opferrente ausgeschlossen, denen Unrecht mit „Systembezug“ zur ehemaligen DDR nachgewiesen werden konnte. Schließlich sieht der Gesetzentwurf noch eine Klarstellung bei der Einkommensberechnung von Beziehern mit schwankendem Einkommen vor. Diese soll künftig im StrRehaG geregelt und

Wer Geld nachläuft, muß gut zu Fuß und schlecht bei Verstand sein. Ludwig F. Berthel

Genau! Damit der Verstand der Redaktion erhalten bleibt: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten. Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“. – (Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

somit vereinheitlicht werden. Der Gesetzentwurf wartet nun darauf, auch vom Bundestag verabschiedet zu werden. Hierüber wird ebenfalls weiter informiert.

Diese Änderungen sind zu begrüßen. Sie schaffen zum einen mehr Klarheit, zum anderen stellen sie bestimmte Opfergruppen, besonders alleinerziehende Mütter und Familien, wesentlich besser. Dennoch dürfen wir uns damit nicht zufrieden geben. Die Rehabilitierungsgesetze bergen noch viele Unklarheiten und Ungerechtigkeiten. Vor allem das Problem, wie das Verfahren zur Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden der politischen Verfolgung im Sinne der Opfer verbessert werden kann, wartet nach wie vor auf eine Lösung.

Florian Kresse, Jurist
UOKG e.V.

„Ich bin Musiker und kein Soldat“

Ein Gespräch mit dem Exil-Kubaner Juan de Dios

Juan de Dios: geboren am 8.3.1931 in Los Palacios/Provinz Pinar del Río, Kuba; tritt bereits mit 16 Jahren als Saxophonist mit der bekannten Musikband „Riverside“ auf; spielt im berühmten Buena Vista Social Club, wird in den 50er Jahren zum Star-Musiker des karibischen Raums; zahlreiche Tourneen mit großen Interpreten afro-kubanischer Musik; Verlobung mit mexikanischer Bankierstochter, die sich das Leben nimmt, nachdem er 1964 in Kuba bei Ausreiseversuch verhaftet wird; Gefängnis und Zwangsarbeitslager; 1968 Flucht nach Europa, über Italien nach Spanien; kleine Filmrollen, kann nicht mehr an musikalische Erfolge in der Karibik anknüpfen; heiratet Monika Bandera, gemeinsame Übersiedlung in ihre Heimatstadt Düsseldorf; Fabrikjobs, mehrere Herzinfarkte; 2001 nach 36 Jahren erster Kontakt zu seiner Schwester in Kuba; Biographie „Mambo Cha-Cha-Cha“ im Art for All Verlag von Monika Bandera

stacheldraht: Sie sind auf einer Farm in Los Palacios bei Ihrer Großmutter aufgewachsen. Hat sie auch schon Musik gemacht?

de Dios: Nein, und auch mein Vater nicht. Er war Vorarbeiter auf einer Zuckerrohrplantage. In meiner Familie hat niemand Musik gemacht.

stacheldraht: Wie sind Sie dann zur Musik gekommen?

de Dios: Ganz Kuba war damals Musik. Das hat mir Freude gemacht, und ich wollte es lernen.

stacheldraht: Wie sind Sie ausgebildet worden?

de Dios: Erst habe ich in Los Palacios Saxophon-Unterricht genommen, später in Havanna. Dort mußte ich eine Prüfung ablegen und konnte dann auf eine der großen Musikschulen gehen.

stacheldraht: Es war die Zeit der Batista-Regierung. Ihre Familie gehörte nicht zu den Vermögenden. Wie konnten Sie sich das leisten?

de Dios: Ach, da sind Sie ganz falsch informiert. Unter Batista konnte jeder, der genügend Musiktalent hat, eine Ausbildung machen. Ich habe ein Stipendium für zwei Jahre bekommen, das wurde alles bezahlt. Krankenhäuser und Ärzte waren damals ja auch kostenlos, für Arme und Reiche.

stacheldraht: Wie kamen sie zu Ihrem ersten Instrument?

de Dios: Ich hatte Heriberto Pino kennengelernt, einen großen Orchesterleiter. Der schenkte mir ein Saxophon, damit ich es spielen lerne.

stacheldraht: Als gefeierter Musiker der Karibik war Ihr Leben in den 50er Jahren vor allem von Musik bestimmt. Haben Sie dennoch etwas von den politischen Spannungen in Kuba nach dem gescheiterten Putsch Fidel Castros 1953 wahrgenommen?

de Dios: Politik hat mich nie interessiert.

Am Rande habe ich das mitbekommen, aber es gehörte nicht zu meinem Leben. Ich hatte eine andere Einstellung. Politik war nicht meine Sache.

stacheldraht: Während einer Tournee durch lateinamerikanische Hauptstädte hatten Sie 1956 in Mexiko eine zufällige, aber folgenschwere Begegnung mit drei Männern, die sich anschickten, Geschichte zu schreiben.

de Dios: Das war in Mexiko-City, im Restaurant „Saura“, wo sich viele Kubaner aufhielten. Nach den Auftritten habe ich dort gegessen und Fidel Castro, seinen Bruder Raúl und Che Guevara kennengelernt.

stacheldraht: Wußten Sie, wer diese Männer sind?

de Dios: Zuerst nicht. Die lungerten da nur rum. Sahen ein bißchen aus wie Penner und hatten überhaupt kein Geld, waren ziemlich am Ende. Es hat sie immer mal jemand zum Essen eingeladen, ich auch.

stacheldraht: Haben Sie damals geahnt, wie politisch gefährlich sie waren?

de Dios: Ich war befreundet mit einem Kubaner, den ich in Mexiko-City kennengelernt hatte. Er hieß Hector Adama und saß manchmal mit den dreien zusammen. Als ich ihn fragte, was das eigentlich für Leute wären, sagte er, sie hätten so politische Ideen und wollten Batista stürzen. Das hat mir schon nicht gefallen. Die drei schienen nicht ungefährlich. Sie suchten auch Kämpfer für ihren Umsturz. Einmal sagte Fidel Castro zu mir, ich solle die Musik aufgeben und mit ihnen kommen. Da habe ich geantwortet: „Ich bin Musiker und kein Soldat.“

stacheldraht: 1959 kam Fidel Castro an die Macht und ging rücksichtslos gegen seine Gegner vor. Warum reisten Sie 1964 wieder nach Kuba ein?

de Dios: Ich wußte von den Unruhen und wollte meiner Familie helfen,



Juan de Dios: „Wer sich gegen Castro auflehnte, wurde ermordet.“

das Land zu verlassen. Aber mein Vater wollte bleiben. Ich versuchte dann, nach Mexiko zurückzukehren, mit dem letzten Schiff, das noch ausreisen durfte. Ich ging zum Hafen und sah schon die Lichter des Schiffes, als eine Horde Soldaten kam und mich in einem Jeep wegbrachte. Ich erhielt ohne Prozeß vier Jahre Gefängnis wegen „Landesflucht“.

stacheldraht: Sie waren ein prominenter Kubaner. Vermuten Sie, daß Fidel Castro von Ihrer Inhaftierung wußte?

de Dios: Ich bin mir nicht sicher. Aber später hat er mich im Gefängnis gesehen. Er, sein Bruder Raúl und Che Guevara kamen manchmal in die Gefängnisse, in denen Hinrichtungen stattfanden. Da ist er mir einmal begegnet und hat mich auch erkannt.

stacheldraht: Wurden Sie nach Ihrer Festnahme verhört, oder hat man Sie einfach nur weggesperrt?

de Dios: Die haben alles Mögliche gefragt. Ob ich politisch tätig war. Aber ich war ja nur Musiker und habe mich für Politik nicht interessiert. Später haben sie mich dann weggesperrt.

stacheldraht: Wurden Sie isoliert oder waren Sie mit anderen Häftlingen zusammen?

de Dios: Zuerst war ich in Einzelhaft, ohne Licht, ohne Wasser. Die Toilette war ein Loch, aus dem das Ungeziefer kroch. Dann kam ich nach Castillo del Príncipe in Havanna, später auch ins Gefängnis auf der Isla de Pinos. Dort war ich zusammen mit vielen anderen Gefangenen auf einem großen Saal.

stacheldraht: Wie waren die Lebensverhältnisse dort?

de Dios: Es war schlimm. Viele Männer haben sich umgebracht. Haben sich die Pulsadern geöffnet mit Glasstücken...

stacheldraht: War es in dieser Zeit normal in Kuba, für einen Fluchtversuch vier Jahre im Gefängnis zu sitzen?

de Dios: Dafür wurden die Leute sogar auf der Straße erschlagen, auf offener Straße. Wer sich gegen Castro auflehnte, wurde ermordet. Ich hatte einen sehr guten Freund, Benny Moré. Er war einer der bekanntesten Sänger Kubas. 1963 wollte er mit seiner Motorjacht fliehen. Bevor er einsteigen konnte, kamen Castros Soldaten und haben ihn erschlagen. Freunde von mir haben das gesehen. Er wurde noch in ein Krankenhaus gebracht, wo er starb. Benny Moré wird heute als großer Musiker verehrt in Kuba. Aber alle sagen, er ist im Krankenhaus gestorben.* Niemand spricht darüber, daß er erschlagen wurde.

stacheldraht: Der Absturz vom Star-Musiker zum politischen Häftling, der auch gefoltert wurde, muß besonders hart gewesen sein. Haben Sie in dieser Zeit begonnen, über die politischen Ursachen nachzudenken?

de Dios: Nicht viel. Ich hatte nie gedacht, daß mir das passieren würde. Niemand hat das gedacht. Ich wollte ins normale Leben zurück, wollte wieder Musik machen. Das war mein Leben, nicht die Politik.

stacheldraht: Politik war nicht Ihre Sache, aber Sie waren zur Sache der Politik geworden. Nach zwei Jahren brachte man Sie schließlich in das Gefängnis Castillo del Morro, berüchtigt als die letzte Station vor der Hinrichtung. Weshalb wollte man Sie plötzlich hinrichten?

de Dios: Es wurde nicht gefragt, wer und warum. Das war eine Säuberung. Castro-Gegner wurden umgebracht. Nachts kamen die Soldaten und holten die Gefangenen. Immer ein, zwei Gefangene wurden weggeschleift. Und dann schrien die Männer. Sie wurden im Hof an einen Pfahl gebunden und erschossen. Sie schrien, bis sie erschossen wurden. Das war jede Nacht so, ohne Erklärung. Alle waren schweißgebadet vor Angst, wenn sie die Schritte der Soldaten hörten. Dann kam ich an die Reihe. Ich habe gedacht, wenn ich also hier sterben

soll, kann ich nichts machen. Ich habe mit dem Leben abgeschlossen. Dann haben sie mich an den Pfahl gebunden. Zehn Soldaten mit geladenen Gewehren standen vor mir. Ich habe die Augen zugemacht und gebetet.

stacheldraht: Aber Sie leben noch.

de Dios: Es fiel kein Schuß. Ich machte die Augen wieder auf und sah das Gesicht von Hector Adama, meinem Freund aus Mexiko. Er war inzwischen nach Kuba gekommen und dort zum Chef der Geheimpolizei aufgestiegen. In letzter Minute hatte er mich erkannt. Ich wurde losgebunden und sofort auf einem Lastwagen in das Zwangsarbeitslager Guane der Provinz Pinar del Río gebracht.

stacheldraht: Adama war zum Vollstrecker des Systems geworden. Empfinden Sie ihm gegenüber heute trotz allem anders als gegenüber Castro?

de Dios: Ich hatte ihn in Mexiko als fröhlichen, liebenswerten Menschen kennengelernt. Nicht als einen, der Vergnügen daran hat, Menschen zu ermorden. Ich war überrascht, daß er das fertigbrachte. Aber ich bin ihm dankbar.

stacheldraht: 1968 wurden Sie aus dem Lager entlassen mit der Auflage, sofort als Soldat der kubanischen Armee nach Afrika in den Kampf zu ziehen. Wie gelang Ihnen die Flucht?

de Dios: In einem Hafenvorort lernte ich einen griechischen Matrosen kennen. Er versprach mir, mich mitzunehmen für etwas Geld. Wir haben eine Zeit vereinbart, zu der ich an Bord des Schiffes kommen sollte, das weit draußen vor Anker lag. Dann bin ich hingeschwommen, ungefähr einen Kilometer. Das Schiff hieß „I hope“. Der Kapitän des Schiffes hat mich später entdeckt und verlangt, daß ich die Fahrt abarbeite. In Genua bin ich an Land gegangen und habe dann im Vatikan Asyl beantragt und bekommen. Zwei Jahre war ich in Einrichtungen des Vatikans untergebracht. Ich bin dort sehr gut behandelt worden.

stacheldraht: Als Sie endlich wieder in Freiheit waren, was für ein Mensch war da aus Ihnen geworden?

de Dios: Ich war schwer krank und zweimal in Italien im Krankenhaus.

stacheldraht: Waren Sie nach Ihren Erlebnissen verändert?

de Dios: Nachdenklicher. Aber auch dankbar, daß ich das Glück hatte rauszukommen.

stacheldraht: Wie beurteilen Sie aus der Entfernung das Castro-Regime?

de Dios: Es ist das schlechteste, das es gibt auf der Welt. Und der Hunger und die Misere auf Kuba werden nicht gezeigt. Das wird immer versteckt.

stacheldraht: Haben Sie Rachegeanken?

de Dios: Nein.

stacheldraht: Sehen Sie in der Übernahme der Macht durch Raúl Castro einen Fortschritt für Kuba?

de Dios: Überhaupt nicht. Der eine Castro ist so schlimm wie der andere.



Fotos: privat

„Ich wollte wieder Musik machen, das war mein Leben.“

stacheldraht: Seit mehr als 30 Jahren leben Sie jetzt schon im kühlen Deutschland in Düsseldorf. Sie haben Familie, Heimat und später durch Krankheit auch die Musik verloren. Was ist Ihnen geblieben?

de Dios: Meine Liebe zu Kuba. Und meine Musik, die ich im Herzen habe.

stacheldraht: Señor de Dios, manche Exil-Kubaner sagen zum Abschied „Nächstes Jahr in Havanna!“. Das wünsche ich Ihnen, in einem freien Havanna. Vielen Dank für das Gespräch. ■

* Als offizielle Todesursache wird bis heute Pankreatitis angegeben. Diese Diagnose könnte formal sogar zutreffen, weil zu den möglichen Ursachen akuter Bauchspeicheldrüsenentzündung auch Bauchverletzungen zählen.

Konspirative Erkundungen

Die K1 – Abteilung I der DDR-Kriminalpolizei

Von Klaus Habenicht

Im Mai 1959 erließ der damalige Innenminister der DDR und Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP), Karl Maron, den Befehl 24/59 zur „Bildung einer Operativabteilung der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei zur Verbesserung der Arbeit nach Befehl 49/55“. (Mit Befehl 49/55 waren 1955 Anwerbung und Einsatz von Spitzeln durch die Kriminalpolizei geregelt worden.) Die neue Operativ-Abteilung hatte bereits Vorläufer. Schon 1946 gab es in einigen Ländern der sowjetischen Besatzungszone die „Nachrichtenämter“ und das „Kommissariat 5“, später kam eine Spezialeinheit mit dem Decknamen „Gruppe zur Arbeitskontrolle“ hinzu. Nun wurden als Aufgaben definiert: „-Beobachtungen, Erkundungen, -Spezialermittlungen und Feststellungen sowie spezielle operative Maßnahmen“. Diese sollten mit dem Mi-

stehen. Als Arbeitsrichtungen wurden festgelegt: 1. Bekämpfung von Verbrechen gegen das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft, 2. Bekämpfung von Verbrechen gegen den Staat, die allgemeine Sicherheit und andere schwere Verbrechen, 3. (ab 1970) Operative Sicherung der Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Bereich der Tätigkeit von Vereinigungen, 4. (ab 1973) Sicherung der Strafvollzugsanstalten. Die Arbeitsrichtungen 2 und 3 überschneiden sich deutlich mit der Arbeit des MfS, Arbeitsrichtung 4 bezog sich hauptsächlich auf die IM-Arbeit mit Strafgefangenen.

beiter (IM des MfS). Das AG I war in der Kriminalpolizei jedoch nicht unumstritten. Dem MfS zuzuarbeiten und Spitzel zu beschäftigen, ging manchen Polizei-Angehörigen zu weit. Im Laufe der Jahre kam es auch immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen DVP und MfS. Dennoch gehörten 1986 ca. 20 Prozent aller Beschäftigten bei der Kriminalpolizei zum Arbeitsgebiet I.

Die Arbeit mit Spitzeln des AG I war ähnlich der des MfS. Die Zuträger wurden als Inoffizielle Mitarbeiter der Kriminalpolizei (IKM) bezeichnet. Ende 1988/Anfang

K1 – Abteilung I der Kriminalpolizei

In der Kriminalpolizei der DDR gab es ein sogenanntes Arbeitsgebiet I, daß mit „speziellen Mitteln und Methoden“, zu denen verdeckte Beobachtung und ein Netz von Informanten gehörten, u. a. „politisch-operative“ Arbeit betrieb. Das Arbeitsgebiet war nach dem Linienprinzip organisiert, das heißt, es war auf allen Strukturebenen (Land, Bezirk, Kreis usw.) angesiedelt, jeweils in Form der Abteilungen I (resp. Dezernate, Kommissariate usw.). Darüber hinaus gab es das Arbeitsgebiet I auch bei der Transportpolizei und den Betriebsschutzämtern.

Ebenso wie das MfS waren alle anderen Sicherheitsapparate der DDR Instrumente zur Herrschaftssicherung der SED. Die „Abwehrarbeit“ gegen „feindliche“ Personen und Aktivitäten bestimmte deshalb von jeher einen großen Teil der Aufgaben. Dabei war die Abgrenzung zur „allgemeinen Kriminalität“ allerdings unscharf, denn auch sie wurde häufig als Angriff auf die politische Ordnung verstanden.

nisterium für Staatssicherheit abgestimmt werden. Beim Aufbau der Abteilung half das MfS umfassend, vor allem in der Ausbildung.

1964 erging vom Chef der DVP, Friedrich Dickel, Befehl Nr. 22/64, in dem die polizeilichen Operativ-Einheiten eine neue Organisationsform und die Bezeichnung „Arbeitsgebiet I“ (AG I) der Kriminalpolizei erhielten. Diese Strukturen blieben bis zum Zusammenbruch der DDR be-



Keine harmlose Funktion. Auch die Abschnittsbevollmächtigten wurden angewiesen, „Vertrauenspersonen“ aus der Bevölkerung als Informanten anzuwerben. Die konspirative Überwachung von Personen gehörte bis zum Ende der DDR zu den Aufgaben eines ABV, seine Informationen wurden vom MfS genutzt.

Einem Befehl Anfang der 80er Jahre ist zu entnehmen, daß Schwerpunkte der Arbeit z.B. „Vorbeugung und Verhinderung von bedeutenden Straftaten, insbesondere des ungesetzlichen Grenzübertretts“ waren, ebenso der „Grenzüberschreitende Reise-, Transit- und Warenverkehr“, Personenkontrolle „mit speziellen Mitteln und Methoden“ und die „differenzierte Bearbeitung von Personengruppen in Religionsgemeinschaften und Vereinigungen“. In der DDR gab es 32 zugelassene Religionsgemeinschaften. Evangelische und katholische Kirche sowie die verbotenen Zeugen Jehovas waren von der Bearbeitung durch das AG I der Kriminalpolizei allerdings ausgenommen. Das war das ureigene Tätigkeitsfeld des MfS.

Die Mitarbeiter des AG I erhielten keine besonderen Vergünstigungen. In den Volkspolizei-Kreisämtern waren ihre Räume häufig als Sperrbereich gekennzeichnet. Anfang 1989 verfügte das AG I über 2392 Mitarbeiter, 20 Prozent von ihnen waren Offiziere im besonderen Einsatz (OibE des MfS) oder Inoffizielle Mitar-

1989 hatten sie die Zahl von 15 070 erreicht. Von ihnen gab es verschiedene Kategorien. IKMS z.B. war die Abkürzung für „Inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter zur Lösung von konspirativen Spezialaufgaben“. Auch hier gab es Decknamen und eine Verpflichtungserklärung. Kriminalpolizeiliche Kontaktpersonen (KK) dagegen wurden nicht verpflichtet und lieferten nur gelegentlich bei Bedarf Informationen. Anleitung und Berichterstattung erfolgten bei geheimen Treffen in konspirativen Wohnungen. Das MfS besaß ebenfalls solche Einrichtungen und nannte sie KW. Beim AG I hießen sie Treff-Quartiere (TQ), von denen es Anfang 1989 mehr als 3000 gab. Geworben als IKM wurden Personen, die 18 Jahre alt sein mußten und auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit überprüft waren. Für ihre Tätigkeit konnten sie materielle oder ideelle Anerkennungen erhalten. IKM-„Kandidaten“ durften bereits im Alter von 16 Jahren angeworben werden. IKM waren auch

an Operativen Vorgängen (OV) des MfS beteiligt. Akten belegen die Ausspähung in der DDR zugelassener Religionsgemeinschaften, der Zeugen Jehovas sowie den Einsatz gegen einen ihrer leitenden Mitarbeiter in Delitzsch bei Leipzig.

Das AG I der Kriminalpolizei war unter der allgemeinen Bezeichnung K1 in der DDR durchaus nicht völlig geheim. Anders die Dienststelle I/U, deren Observationsgruppen auf Antrag sowohl für die DVP als auch das MfS konspirative Aufgaben lösten. Diese selbständige Struktureinheit ist bis heute weitgehend unbekannt. Sie unterstand direkt dem Leiter der Abteilung I bei der Hauptabteilung Kriminalpolizei. Während das AG I von bestimmten Tätigkeitsfeldern, die das MfS für sich beanspruchte, ausgeschlossen war, galt dies nicht für die Dienststelle I/U. So durfte sie eigenständig vorgehen u. a. bei der Bearbeitung staatsfeindlicher „Zentralen und Organisationen“, der staatsfeindlichen Tätigkeit verdächtigter Personen und auch der evangelischen und katholischen Kirche sowie der Zeugen Jehovas. 1989 betrug die Ist-Stärke 377 Mitarbeiter, davon 43 (11,4 Prozent) Offiziere

Aktenlage

Die Akten der Inoffiziellen Mitarbeiter der Kriminalpolizei archivierte das MfS. Für den Zugriff darauf bestehen heute deshalb die gleichen Möglichkeiten wie bei IM-Akten der Staatssicherheit.

Hauptamtliche Mitarbeiter des AG I und ihre operativen Vorgänge sind wesentlich schwerer oder gar nicht zu identifizieren. Die Angehörigen der DVP hatten fast ein Jahr lang Zeit, bis zum 3. Oktober 1990 belastende Akten unkontrolliert zu säubern oder zu vernichten. Das betraf sowohl Personalakten, deren Bereinigung in der Zeit der Modrow-Regierung DDR-weit systematisch betrieben wurde, als auch den sonstigen Aktenbestand.

Allerdings befinden sich in den Beständen von MfS-Dienstseinheiten, die mit dem AG I zusammenarbeiteten, verschiedene Unterlagen mit personenbezogenen Angaben über Kooperation und „Abwehrarbeit“. Eine systematische Erschließung von Quellen über die Namen der AG I-Mitarbeiter ist aber nicht möglich.

im besonderen Einsatz. Schon von daher war die Zusammenarbeit mit dem MfS garantiert. Partner der Dienststelle I/U war die Hauptabteilung VIII der Staatssicherheit. Observationsgruppen der I/U gab es ebenfalls auf Bezirksebene, die Volkspolizei-Kreisämter verfügten nicht darüber. Doch durch Auftragsersuchen dieser Ämter konnten I/U-Mitarbeiter auch auf Kreisebene tätig werden.

Die Operativgruppen waren völlig abgeschirmt von der Polizei. Ohne Uniform und Dienstaussweis, durften sie nie als Angehörige der DVP zu erkennen sein. Und auch die Kreisämter konnten sie nur als „Normalbürger“ betreten. Üblich waren Scheinarbeitsverhältnisse mit mehreren Sozialversicherungsausweisen. Die Unterbringung der Mitarbeiter erfolgte in speziellen Objekten, legendiert als „Steuerbüro“, „Ingenieurtechnischer Dienst des Ministeriums des Innern“, „Rat des Bezirkes“ und andere Tarnbezeichnungen. Diese „Firmenschilder“ wurden am Eingang der Gebäude angebracht. Es war tatsächlich eine geheime und absolut unbekannte Dienstseinheit der DVP. Niemand, außer dem unmittelbaren Vorgesetzten, konnte ihre Mitarbeiter als Polizei-Angehörige identifizieren. Es gab eigene Fahrzeuge, gesonderte Kfz-Werkstätten, eine eigene Parteiorganisation mit Direktverbindung zum ZK der SED und einen eigenen Finanzbereich (mit Kontrollpflicht des MfS). Die I/U-Mitarbeiter wurden vom Medizinischen Dienst des MfS betreut und durften das Funknetz der Staatssicherheit benutzen. Für die Einsatzfahrzeuge waren Wechselkennzeichen und andere Tarnmittel bereitgestellt, Foto- und Filmtechnik wurden ebenfalls getarnt. Es erstaunt, wieviel Wert auf die Maskierung der Beobachter gelegt wurde, für die es Unmengen an Requisiten gab.

Im Bezirk Halle befand sich die Dienststelle I/U, die sogenannte Basis, in der Dölauer Straße. (Heute ist das Gebäude ein schmuckes Einfamilienhaus.) Die Operativgruppe bestand 1974 aus neun Mitarbeitern und einem Leiter. Vorgesehen war die Aufstockung auf 19 Mitarbeiter. I/U-Leiter war ein Hauptmann der DVP, gleichzeitig OibE des MfS – perfekt für die Zusammenarbeit mit dem DDR-Geheimdienst. Legendiert war die Dienststelle als „Rat des Bezirkes Allgemeine Verwaltung“. Nachts bewachte ein Mitarbeiter das Objekt. Die Basis verfügte über vier Pkw, ein Moped und ein Klappfahrrad. Für jeden Pkw gab es fünf verschiedene Kennzeichen. Man baute

Sowjetischer Einfluß auf die Struktur der DVP

1946: Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zur Schaffung einer „Deutschen Verwaltung des Innern“ in der SBZ

1947: Befehl 201 der SMAD zur beschleunigten Beendigung der Entnazifizierung überträgt der Deutschen Volkspolizei (DVP) neue Befugnisse als Ermittlungs- und Untersuchungsorgan; „Kommissariate 5“ entwickeln sich zum Kern einer politischen Polizei, die bald die Bekämpfung aller politischen Gegner übernimmt; Befehl 201 ermächtigt erstmals die Polizei zur Übernahme staatsanwaltschaftlicher Aufgaben (wie sie später auch das MfS wahrnimmt)

1948: Übernahme des sowjetischen Systems der „Politkommissare“ in der Polizei auf allen Ebenen, um sie vollständig auf SED-Linie zu bringen

1952: Grenzpolizei wird nach sowjetischem Vorbild dem MfS unterstellt; Pläne der SED-Führung, auch die DVP dem MfS zu unterstellen, scheitern am Einspruch der Sowjetischen Kontrollkommission

1954: Vor dem Hintergrund des 17. Juni 1953, der als Niederlage des MfS gewertet wird, drängen sowjetische Berater auf den Ausbau eines „Informatorennetzes“ der DVP

drei Garagen auf eigenem Gelände, ein Auto stand in der Großen Braustraße. Die Bewaffnung bestand für jeden Mitarbeiter aus einer Pistole und der kleinen tschechischen Maschinenpistole „Scorpion“. Leuchtpistolen, umfangreiche Foto- und Filmtechnik sowie Sondergenehmigungen und Kennmarken der Kriminalpolizei vervollständigten die Ausrüstung. Die Waffe wurde nicht bei jedem Einsatz getragen.

Doch auch bei der I/U ging nicht alles seinen sozialistischen Gang. Kontrollen durch das MfS förderten Erschreckendes zutage. Mitarbeiter der Autobahn-Kontrollgruppen machten Jagd auf Westfahrzeuge und steckten die „Bußgelder“ in die eigene Tasche. Andere pflegten unerlaubte Westverbindungen, manipulierten Tankgutscheine, brüsteten sich im

Aufarbeitung

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), 1991 in Kraft getreten, regelt in § 6: Die Vorschriften über Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gelten entsprechend für inoffizielle Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei.

Damit werden sie den IM des MfS gleichgestellt. Ihre unmittelbaren hauptamtlichen Auftraggeber, also ihre Führungsoffiziere, sind durch den Willen des Gesetzgebers jedoch von einer speziellen Überprüfung auf Tätigkeit im AG I anhand von MfS-Archivmaterial ausgenommen. Die Anstifter werden somit gegenüber den Spitzeln begünstigt. Trotz zahlreicher Novellen des StUG im Laufe der Jahre wurde hier nie nachgebessert.

Dieser Mangel hatte beim Aufbau der Polizeien in den neuen Ländern gravierende Folgen. Eine Anfrage der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag 1993 ergab 351 Beamte auf Probe und 19 Angestellte im Dienst der sächsischen Polizei, die vor dem 18. März 1990 hauptamtliche Mitarbeiter des AG I waren. Die Kleine Anfrage eines CDU-Abgeordneten im Brandenburgischen Landtag 1996 förderte 242 ehemalige Hauptamtliche des AG I in der Polizei Brandenburgs zutage. Von einer beträchtlichen Dunkelziffer in beiden Fällen ist auszugehen, denn Erkenntnisse über die frühere Tätigkeit der AG I-Mitarbeiter stützen sich zumeist nur auf eigene Angaben und (bereinigte) Personalakten.

Inzwischen würde eine Gesetzesänderung kaum noch zu verwertbaren Ergebnissen führen, denn Ende 2006 lief die Frist für Überprüfungen im öffentlichen Dienst nach dem StUG aus. Nur bei hohen Leitungsfunktionen u.ä. ist dies noch möglich.

Wohngebiet als „Mitarbeiter des MfS“. Alkoholmißbrauch, Arbeitsbummelei, unmoralischer Lebenswandel, Verletzung der Schweigepflicht und ungeordnete Familienverhältnisse führten zu Entlassung oder Versetzung und zur Erfassung in Sicherheitsvorgängen. Auch die Zielobjekte blieben nicht ruhig. Ein Dienststellenleiter klagte: „Ein zunehmend gefährlicher Gegner steht uns gegenüber, der immer raffinierter vorgeht und seine Kräfte geheimdienstlich schult.“ Es werde offen

oder verdeckt „nach unseren Stützpunkten gesucht, so daß sie die Beobachter und außenstehende Personen provokatorisch ansprechen, bis zu Versuchen in die Beobachtungsfahrzeuge zu gelangen.“ Einige seien enttarnt worden und die Legendierung der Dienstobjekte mangelhaft. Das Objektschild „Steuerbüro“ z.B. erregte Mißtrauen. Die beobachteten Personen verfolgten die Beobachter und fotografierten sie. (Das hat der Autor übrigens auch getan.)

In den Unterlagen finden sich u.a. Berichte über die Beobachtung eines möglichen Diebes, der in mehreren Bezirken der DDR schwere Raubtaten beging, über einen Schlafwagen-Schaffner, Bürger der Sowjetunion, wegen Schmuggels, über eingereiste Prediger von Religionsgemeinschaften und ihre Ansprachen in verschiedenen Gemeinden der DDR, über einen Zeugen Jehovas, dessen persönliche Verbindungen ausgespäht wurden, und über Beobachtungen der Tätigkeit der drei westlichen Militärmissionen, die ebenfalls „Informationen sammeln“.

Man fragt sich allerdings, warum für einfachste Beobachtungsaufgaben eine derartige Absicherung und Geheimhaltung nötig sein sollte. Gab es weitere „spezielle Mittel und Methoden“, die in den Akten nicht erwähnt werden? Einige Forscher vertreten die Ansicht, daß die Führungskräfte oppositioneller Gruppen vom MfS und die „kleinen Leute“ von der Polizei bearbeitet und überwacht wurden. Sind die Mitarbeiter der Dienststelle I/U möglicherweise die Unbekannten, die ebenso wie die Staatssicherheit Zersetzung betrieben? Für die „Zersetzer“ der DDR bestand keine Notwendigkeit, die Einzelheiten schriftlich festzuhalten. Und schwere Kriminalfälle übernahm manchmal das MfS mit eigenen oder Parallelermittlungen, ebenso wie die DVP auch politische Straftaten bearbeitete. Das ist ein Problem für die Forschung und für Betroffene, die ihre Rehabilitation beantragen wollen.

20 Jahre nach der Friedlichen Revolution wäre es nun aber auch Zeit für ein Umdenken bei den Verwaltungsgerichten. Wenn Angehörige von Oppositionsgruppen oder in der DDR verbotenen Religionsgemeinschaften Schikanen und Benachteiligungen sowie erlittene Gesundheitsschäden geltend machen, sollte das anerkannt und die Betroffenen rehabilitiert werden.



DDR-Briefmarke: Die heile Welt der DDR mit der freundlichen Volkspolizei.

(Quellen u.a.: Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei, BStU Berlin 1994; Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression, Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit Berlin und Sachsen, Dresden und Berlin 1996. Der Autor forscht zum Thema Verfolgung der Zeugen Jehovas in der DDR.)

Interniertenforschung im Eichsfeld

„Alles stirbt zweimal. Zuerst seinen eigenen Tod, unabänderlich und konkret, später dann jenen anderen im Bewußtsein der Überlebenden.“ Paul Paddel

Auf Anregung des Arbeitskreises „Internierte des Eichsfeldes“ (Land Thüringen) wurde das Jahrestreffen der hiesigen Ortschronisten im Herbst letzten Jahres unter Regie des „Vereins für eichsfeldische Heimatkunde“ genutzt, um die Situation vor 65 Jahren aufzuzeigen: beginnend mit dem 8. Mai 1945, über die amerikanische Besetzung bis hin zum Wechsel in die sowjetische Besatzungszone. An Hand spärlicher mündlicher Überlieferungen über die Internierten meines Heimatortes Dingelstädt berichtete ich von meinen Erfahrungen und Vorgehensweisen beim Nachweis des Verbleibs damals Verschollener, von August 1945 bis zum zuletzt in Waldheim Verstorbenen.

Die nachgewiesenen 34 Personen – so gut wie alle damals älter als 50 Jahre – setzen sich zusammen aus: zwei Personen nach 14 Tagen Gefangenschaft erschossen; 16 Personen aus dem 1. oder auch 2. Internierungslager entlassen; eine Person, die auf den Transportlisten

in die Sowjetunion nachgewiesen ist; eine Person nach fünf Jahren Speziallager Buchenwald 1950 zur Verurteilung nach Waldheim verlegt, wo sie nach zwei Jahren an Schizophrenie verstarb; alle anderen Personen fanden den Tod in den Sterbelagern des NKWD.

Die Vorgehensweise stellte ich am Beispiel meines Erstfundes (der meinen Onkel betraf) bei der Initiativgruppe Ketschendorf dar, mit deren Hilfe auch Aufenthalt und Verbleib aller weiteren Dingelstädter in den Lagern Ketschendorf, Mühlberg, Sachsenhausen oder Buchenwald aufgeklärt werden konnten. Ich verwies auf mögliche Suchlisten beim DRK Suchdienst München, Bundesarchiv in Berlin und Freiburg, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Internationalen Suchdienst Arolsen. Eine Adressenliste mit den Suchquellen wurde an die Ortschronisten als Arbeitsmaterial verteilt.

Mit Laptop und Leinwand zeigte ich Dokumente, Karteikarten, Bescheinigungen und Antragsformulare, um zu verdeutlichen, daß die Ergebnisse der Nachforschungen auf sachkundigen Grundlagen beruhen. Mit zwei Erinnerungsberichten,

unlängst auf meine Bitte hin von damaligen Jugendlichen (heute 65- bzw. 80-jährig) angefertigt, wurde die Zeit nach der Entlassung ihrer Väter dargestellt. Dank für diese Mühen, die ja auch die eigene Vergangenheit wieder aufleben ließen. Es wurde angeregt, weitere damalige Kinder aus den teilweise ganz unterschiedlichen Lebenssituationen in den Ortschaften zu Erinnerungsberichten zu veranlassen und diese Schicksale als soliden Nachweis in die Ortschroniken aufzunehmen bzw. gesondert zusammenzufassen. Mit Hilfe der zusammengetragenen Fakten konnte aufgezeigt werden, daß Forschungen über diese bislang totgeschwiegene Zeit unter den heutigen freiheitlichen Bedingungen durchaus möglich und für das Gesamtbild der Heimatgeschichte auch notwendig sind, wenn man Zeitzeugen und Archive nutzt. Es wurde ebenfalls auf Entschädigungsmöglichkeiten für Betroffene hingewiesen, über die auch der „stacheldraht“ informiert, dessen bereitgelegte Exemplare regen Zuspruch erhielten. Ebenso einige Ansichtsexemplare von Büchern zum Thema und die „Blätter zur Landeskunde“ über die Geschichte Thüringens nach 1945 von der Landeszentrale für politische Bildung in Erfurt. Winfried Körner

Erfolgreiche Zeitzeugenarbeit

Im Spätherbst 2009 war ich auf Einladung der CDU-Senioren-Union als Zeitzeuge Gast im Mainzer Seniorenheim „Mundus“. Bei Kaffee und Kuchen waren auch 30 ehemalige sogenannte „Ost-Arbeiter“ aus der Ukraine und Weißrußland anwesend. Unter dem Titel „Workuta – Gegen das Vergessen“ berichtete ich über mein Schicksal in Sowjet-Haft in der DDR und der Sowjetunion. Die in russischer und deutscher Sprache vorgelegten Dokumente, u.a. meine Rehabilitierung durch die russische Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau, mit Begleitschreiben der deutschen Botschaft vom 12.11.1996, wodurch die Inhaftierung für Unrecht erklärt wird, das Entlassungsdatum 1955 aus dem Arbeits-Besserungslager, erregten Verwunderung und führten zu vielen Fragen. Ebenso die Fakten und Daten über eine rehabilitierte vorpommersche Gruppierung. Von den 28 Inhaftierten wurden Heinz Kammin, Lehrer, und sechs weitere zum Tode verurteilt, vollstreckt am 15.12.1950

in Moskau, rehabilitiert am 16.7.1996 durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. Sie waren unschuldig erschossen worden. Diese und andere Beispiele erschütterten die Gäste aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Sie veröffentlichten später in Mainz einen Bericht mit dem Titel „Das haben wir nicht gewußt!“ Die politische Führung in ihren Heimatorten hatte ihnen eingeredet, daß es nur die nationalsozialistischen Ost-West-Transporte mit Arbeitsklaven gegeben habe.

Am 12. Februar dieses Jahres sprach ich dann als Workuta-Zeitzeuge vor Schülern und Lehrern des Mannheimer Elisabeth-Gymnasiums in der überfüllten Aula. Vorangegangen waren bereits mehrere Wochen, in denen die Ausstellung „Workuta – Gegen das Vergessen“ mit Zugang für die Öffentlichkeit in der Schule gezeigt worden war. Die mit vielen Bildtafeln und Texten versehene Schau hatte die Lagergemeinschaft Workuta unter Füh-

rung Horst Schülers zusammengestellt, später wurde sie vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge übernommen. So ergab sich ein lebendiger Austausch unter Leitung des Lehrers Peter Eich aus Weinheim/Bergstraße. Es wurde deutlich, daß im Panorama des Grauens das sowjetische Gulag-System wegen seiner Verhältnisse und seiner Dauer eine besondere Stellung einnimmt. Durch Alexander Solschenizyn hat der Begriff „Archipel Gulag“ weltweite Verbreitung gefunden.

Leonid P. Kopalin, Oberst der Justiz und Hauptabteilungsleiter bei der Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau hatte 1995 in Deutschland im Rahmen verschiedener Veranstaltungen über die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Verfolgung referiert. Die von mir daraus zitierten Beispiele von Einzel- und Gruppenschicksalen beeindruckten Schüler und Lehrer tief. „Wehret den Anfängen“ – das war ihre Schlußfolgerung aus dieser Veranstaltung. Johannes Stefan

„Und jeder sah und las die Namen...“

Gedenken an jugendliche NKWD-Opfer in Malchow

Vor 60 Jahren wurden die sowjetischen Speziallager auf deutschem Boden geschlossen. Ein großer Teil der Häftlinge erlebte diese Zeit allerdings nicht mehr, viele waren auch bereits in GPU-Kellern gestorben. In Malchow/Mecklenburg-Vorpommern wurden 1945 mehr als 30 Jugendliche und junge Erwachsene, der Jüngste war 13 Jahre alt, von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD unter „Werwolf-Verdacht“ verhaftet, mit brutaler Folter zu Geständnissen gezwungen, zu vielen Jahren Zuchthaus oder zum Tode verurteilt. Dreizehn von ihnen kehrten nicht zurück. Überlebende, Hinterbliebene und Freunde versammeln sich deshalb einmal im Jahr in Malchow an einem Gedenkstein vor der Villa Blanck, um an sie zu erinnern. **Detlef Putzar**, Überlebender der „Malchower Werwolf-Tragödie“, sprach im Herbst letzten Jahres die Worte des Gedenkens.

„Seele, vergiß sie nicht, Seele, vergiß nicht die Toten!“ So beginnt Friedrich Hebbel sein Requiem.

Von keinem Zukünftigen hat der Mensch eine größere Gewißheit, als von der Endlichkeit seines Lebens, vom Tod.

Wir waren damals noch jung, manche mit 13, 14 fast noch Kinder. Und doch sprachen wir oft über das Sterben und den Tod, der uns so nah und gegenwärtig war, und darüber, ob der leibliche Tod das absolute Ende bedeutet. Das absolute Ende würde heißen, daß unser jugendlich-idealistisches Denken, daß unser sittliches Bemühen, trotz Hungers, trotz der Rohheit des Gefangenens, moralisch gesund und anständig zu bleiben, dann eigentlich sinnlos wäre. Gab nicht der Gedanke an geistige Realitäten, an geistige Werte, erst die seelische Kraft, die furchtbaren Verhältnisse der Keller-, Zellen- und Barackengegenwart, die eigenen Schwächen und nagende Resigna-

tion zu überwinden, selbst dann, wenn keine Aussicht mehr zu winken schien, jemals wieder frei zu sein? Die jugendliche Seele war unbewußt dem Denken des Novalis nah: „Wenn ein Geist stirbt, wird er Mensch. Wenn ein Mensch stirbt, wird er Geist.“ So gewann man Ehrfurcht vor dem Tod. Und diese Ehrfurcht verbot jeden Haß. Und so hat der Gedanke an Vergeltung für die erlittenen Qualen uns glücklich Überlebenden zu keiner Zeit beseelt, wohl aber der Wunsch nach Gerechtigkeit – stellvertretend für unsere toten Freunde. Aber Verantwortliche sind bisher nie angeklagt und zur Verantwortung gezogen worden.

Und doch ist einiges geschehen, das unserem Gerechtigkeitsbedürfnis Rechnung trägt, wie diese jährliche Gedenkstunde am ersten Tag des großen Festes der Stadt, und wir sind dankbar dafür. Wem gilt das Gedenken? Ein Beispiel: Er war ein Schüler, nicht ganz 16 Jahre alt, als ihn Soldaten nachts aus dem Bett holten,

in ein Auto stießen und mit unbekanntem Ziel davonfuhren. Abgeholt, danach verschollen, wie andere vor und nach ihm. Nach vier Jahren verbreitete sich das Gerücht in Malchow, Briefe seien angekommen. Von ihm war keine Post dabei. Als nach über acht Jahren die letzten Überlebenden heimkehrten, da wurde zur Gewißheit, daß er nicht lebte und schon lange tot war, als die Mutter noch hoffte. Eine amtliche Sterbeurkunde erhielt sie nie. Nach fünfzig Jahren wurde er rehabilitiert. So und ähnlich verlief die kurze Lebensgeschichte der jungen Malchower, deren wir heute gedenken und deren Schicksal die Bezeichnung „Malchower Werwolf-Tragödie“ erhalten hat.

Tragödie, das ist der schicksalhafte Weg, auf dem ein Mensch durch unwissend schuldhaftes Handeln unvermeidlich mit den herrschenden Gesetzen in Konflikt gerät und untergeht. Abweichend von den Regeln des Dramas, gab es in der Malchower „Werwolf-Tragödie“ keine schuldhaften Handlungen, keine terroristischen Taten gegen die Besatzungsmacht. Daß man uns durch Folter zwang, erfundene Taten zu gestehen, daß unsere Freunde unschuldig untergehen und jung sterben mußten, und daß wir die Gräber nicht kennen, das ist die Tragik der Werwolf-Tragödie Malchow.

Es gibt kein Grab
und keinen Stein auf dem zu lesen,
daß es euch gab,
daß ihr gewesen.

Doch unsichtbar
ist dieser Tafel eingeschrieben
was damals war,
wo ihr geblieben.

Und es geschah,
daß auf ein Rufen viele kamen.
Und jeder sah
und las die Namen.

Ich möchte mit den Worten Klopstocks schließen. In seiner Ode „Weihtrunk an die toten Freunde“ wünscht er:

„Daß wir weise ... und der Erinnerung ihres Todes getreu leben, und fröhlich sind, ... als stünden sie alle mit uns glücklichen Freunden hier.“

Von 33 Verhafteten starben 13 in Sowjet-Gefangenschaft

Untrennbar verbunden mit	Alter bei Verhaftung		Haftdauer
Hans Hamann	32	schwer kriegsbeschädigt	4 Monate erschossen
Hans Ihmann	24	kriegsbeschädigt	4 Monate erschossen
Ulrich Bröker	24	ohne Urteil verstorben	3 Jahre, 9 Monate
Annemarie Ortmann	19	nach Verhaftung verschollen,	vermutlich erschossen
Heinz Birkholz	16		8 Monate erschossen
Werner Engelmann	15	fehlende ärztliche Hilfe	2 Jahre, 11 Monate
Rudolf Heinig	15	schlechte Haftbedingungen	1 Jahr, 5 Monate
Heinrich Kroschel	16	schlechte Haftbedingungen	1 Jahr, 2 Monate
Albrecht Künneth	16	schlechte Haftbedingungen	1 Jahr, 4 Monate
Hans Lehrmann	16	qualvolle Selbsttötung nach	2 Monaten*
Hans Rodewaldt	17	schlechte Haftbedingungen	1 Jahr, 6 Monate
Heinrich Schlatow	16	qualvolle Selbsttötung nach	2 Monaten*
Heinz Sontowski	15	fehlende ärztliche Hilfe	9 Monate

* aus Angst vor Folterverhören

Die Zeit heilt doch nicht alle Wunden

Posttraumatische Belastungsstörungen nach Flucht und Vertreibung

Posttraumatische Belastungsstörung – in den 60er Jahren zunächst etwas ratlos als „vegetative Dystonie“ bezeichnet – wurde erstmals in den 80er Jahren an Korea- und Vietnam-Veteranen festgestellt und untersucht. Es ist die Bezeichnung seelischer Krankheiten als Folge von Extrembelastungen: Krieg, Gewalt, Gefangenschaft, Naturkatastrophen, plötzlicher Verlust von Angehörigen.

Am 10. Februar 2010 fand im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) eine öffentliche Veranstaltung zu einer Studie über „Langzeitfolgen von Flucht und Vertreibung“ statt. Dazu waren Personen befragt worden, die im Kindesalter Flucht und Vertreibung aus dem Osten erlebten. Die Erwachsenen hatten damals selbst große Probleme. Erst die Flucht aus der Heimat, dann die Ankunft in einer vermeintlich neuen Heimat, in der sie vielfach nicht willkommen waren. So mochten sie nicht reden – auch nicht mit den Kindern. Außerdem galt früher: Die Zeit heilt alle Wunden, und Kinder vergessen sowieso.

Daß dies nicht so ist, daß im Gegenteil solche jahrzehntelang tief vergrabenen Erlebnisse der Kindheit auch im Alter noch physische und psychische Leiden hervorbringen können, wurde lange in der medizinischen Fachwelt nicht beachtet. Erst seit dem Jahr 2000 beschäftigt sich die Wissenschaft in Deutschland ernsthaft damit.

Eine Forschungsgruppe der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im UKE wertete jetzt 588 Fragebögen aus, dafür wurden 50 Flüchtlingskinder und deren Kinder noch einmal persönlich befragt und untersucht – der überwiegende Teil stammte aus Ostpreußen. Es wurde festgestellt, daß die meisten über ihre traumatischen Erlebnisse zuvor selten oder nie gesprochen hatten. In den Familien – sofern es sie nach dem Krieg noch gab – war dies kein Thema, meist wurde geschwiegen. In der DDR durfte nicht darüber geredet werden und – das ist mein Eindruck – im Westen war das Interesse eher gering, zum Teil wohl aus Unkenntnis. Auch wurde oft reflexartig dagege gehalten, daß die Deutschen schließlich den Krieg begonnen, den Holocaust begangen und vermeintliche Gegner in

Konzentrationslager gesteckt hätten. Solche Argumentation schüchterte ein, demotivierte und erstickte jedes weitere Gespräch. Die Flüchtlinge waren ebenfalls Opfer von Krieg und Diktatur, jedoch hatten sie einfach keine Lobby. Sie waren Opfer zweiter Klasse – wenn überhaupt.

Ein Mann, geboren 1937, der mit seiner Mutter und den Geschwistern auf dem Treck im Winter 1945 unter Beschuß geriet, mußte erleben, wie die Mutter währenddessen „durchdrehte“. Das Erlebnis hat sich tief in ihn eingegraben, doch nie hatte er zuvor darüber geredet. Symptome wie Müdigkeit, Schlafstörung, Antriebslosigkeit – auch konnte er keine Katastrophenfilme im Fernsehen ertragen – wurden bei ihm zunächst als Depression diagnostiziert.

Auf einer Tagung des „Frauenverbandes im Vertriebenenverband“ in Travemünde erzählte mir einmal eine Frau, daß sie als Kind mit ansah, wie ihre Mutter und andere Frauen von russischen Soldaten vergewaltigt wurden. Da die Frauen ihre Kinder am Fenster der Scheune, in der die Vergewaltigungen stattfanden, erblickt hatten, bemühten sie sich, nicht zu schreien. Die Kinder schlossen daraus, daß es dann wohl nicht so schlimm sein könne, was da gerade mit ihren Müttern passierte. Die Frau erzählte dies völlig unaufgeregt, fast als Randbemerkung. Ich kann das Gespräch nicht vergessen.

Anhand vieler Aussagen belegt die Studie, daß Flüchtlingskinder sich konditionierten, um im „Leben danach“ irgendwie zu funktionieren. Das war wichtig für die Bewältigung des Alltags. Möglichst nicht nachdenken. Bloß nicht auffallen! Man unterdrückte die schlimmen Erinnerungen so gut es ging. Diese Kinder paßten sich an, waren größtenteils fleißiger und zielstrebig als vergleichbare Kinder, die keine Verluste und Gewalt erlebt hatten. Die seelischen Wunden wurden durch diese Vermeidungstaktik jedoch nicht geheilt.

Jahrelang unterdrückte Gefühle und nicht geführte Gespräche äußerten sich später im Leben durch teilweise unklare Krankheitsbilder, die schwer zu diagnostizieren waren. Schnell kam so die Diagnose „De-

pression“ zustande. Richtig bemerkbar wurden körperliche und seelische Beschwerden erst mit Ende der Berufstätigkeit, nachdem die Kinder groß waren und die Ausbildung beendet hatten. Jetzt gab es Raum zum Nachdenken über „früher“. Und das tat plötzlich weh. – Die Studie ergab z.B. auch, daß die Belastungen um so stärker sind, je länger die Flucht dauerte. Auch wurde bei einigen Probanden eine gewisse Bindungsunfähigkeit festgestellt.



Vertriebene Sudetendeutsche warten mit Handgepäck auf ihren Abtransport.

Den sehr verständlichen und interessanten Vortrag hielt Dr. Christoph Muhtz. Trotz des Winterwetters war der Saal überraschend gut mit 110 Teilnehmern besetzt. Wegen der Schnee- und Eisverhältnisse war die Zeit für Erfahrungsaustausch und Gespräche allerdings nur knapp bemessen.

Auch 65 Jahre nach Kriegsende herrscht in der Öffentlichkeit teilweise noch Unkenntnis darüber, daß nach dem Krieg Menschen zu Opfern wurden, die keine Verbrechen begangen hatten, jedoch furchtbar büßen mußten – z.B. 15 Millionen Flüchtlinge, eine Gruppe, die überwiegend aus Müttern, Kindern und alten wehrunfähigen Männern bestand.

Von posttraumatischen Belastungsstörungen sind natürlich nicht nur Flüchtlingskinder betroffen. Bei der Behandlung z.B. ehemaliger politischer Häftlinge wurden bereits umfassende Erfahrungen gesammelt. Eine Psychotherapie durch Spezialisten für Traumata bringt zwar keine völlige Heilung und kann das Erlebte auch nicht ungeschehen machen, doch sie hilft, damit umzugehen und die Lebensqualität wesentlich zu verbessern.

Sybilie Krägel
IG NKWD-Lager Tost

Pressearbeit und neue Medien

Projektversammlung der UOKG am 13./14. März 2010 in Berlin

(st)Auf der ersten Projektversammlung dieses Jahres gab der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner, mit dem Bericht des Vorstandes zunächst einen Überblick über die Aktivitäten des Dachverbandes 2009. Dazu gehörten die Ausrichtung des Kongresses zu haftbedingten Gesundheitsschäden, Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, aktive Teilnahme an Geschichtsforen, parlamentarischen Anhörungen, Mitarbeit in der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und vor allem zahlreiche kontinuierlich gepflegte Gespräche mit Politikern. In Arbeit seien eine Broschüre über den Kongreß zu Gesundheitsschäden sowie der neue Internet-Auftritt des Dachverbandes. Themen, zu denen die UOKG in jüngster Zeit Stellung bezog, waren die Debatte um einen Diktaturenvergleich in Sachsenanhalt und nicht zuletzt der Eklat in der Stasiunterlagen-Behörde um deren Direktor Hans Altendorf, dessen linksextreme Vergangenheit unlängst bekannt geworden war. Wagner zog die Bilanz, daß Wahrnehmung und Akzeptanz der UOKG in der Öffentlichkeit sich deutlich entwickelt haben.

Schwerpunkt des Treffens der Verbandsvertreter war diesmal das Thema „Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Verbände“. Einen Vortrag über die „Pressearbeit im Kontext der SBZ/DDR-Aufarbeitung“ hielt der Journalist und ehemalige Pressesprecher der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Christian Booß. Pragmatisch benannte er Schwierigkeiten und Lösungsansätze. Die Probleme setzten sich zumeist zusammen aus „zuwenig Geld, zuwenig Personal und zuwenig Wahrnehmung bei den Adressaten“. Eine Basis wirksamer Medienarbeit seien die Grundregeln Beharrlichkeit, Professionalität und Originalität. Booß berichtete aus eigener journalistischer Erfahrung, wie wichtig es z. B. sei, Informationen bei den richtigen Stellen zu platzieren. Dafür müsse man die unterschiedlichen Redaktionen und ihre Abläufe kennen, am besten persönliche Kontakte knüpfen. Nicht unterschätzt werden dürfe auch eine Analyse der Zielgruppe, an die man sich wende. Angesichts des wachsenden Zeitdrucks in den Redaktionen müsse eine Meldung „von hinten kürzbar auf drei bis fünf Zeilen“ sein und einen Vermerk über sofortige Erreichbarkeit der Urheber enthalten.

Prof.Dr. Wolfgang Stock, Journalist, Autor und Unternehmensberater, begann seinen Vortrag über den „Einsatz neuer Medien in der Öffentlichkeitsarbeit“ mit der Voraussage eines unmittelbar bevorstehenden Paradigmenwechsels.

Die wirtschaftliche Lage vor allem der großen Zeitungen werde von Jahr zu Jahr prekärer. Das Geschäftsmodell der gedruckten Tageszeitung sei am Ende, denn nachwachsende Generationen informierten sich auf elektronischem Wege. In wenigen Jahren werde das bedruckte Papier zum größten Teil abgelöst sein durch das Internet und sogenannte iPhones. (Das sind Geräte im Taschenbuchformat. Sie sind einfach über den Bildschirm zu steuern, vereinen die Funktionen von Video-Medienplayer, Mobiltelefon, Digitalkamera und besitzen Internetzugang.) Mit dieser Entwicklung werde die Zeit der weitgehend kostenfreien Internet-Benutzung zu Ende gehen. Stock rief dazu auf, sich rechtzeitig mit den neuen Medien zu beschäftigen, um Informationen und Botschaften auch langfristig an die gewünschten Empfänger zu bringen.

Aufklärung statt Vergessen

(st) Schon im Oktober des vergangenen Jahres konnte das DDR-Museum in Pforzheim, auch genannt „südwestlichster Außenposten gegen das Vergessen“, die 500. Schulklasse begrüßen.

Die Schüler des Albeck-Gymnasiums in Sulz am Neckar erfuhren hier, wie zahllose Jugendlichen vor ihnen, von politischer Verfolgung in der DDR und lernten etwas über das Wesen kommunistischer Regime. Sammlungsgründer und „Herz“ des Museums, Klaus Knabe, legt vor allem Wert darauf, daß die im demokratischen Rechtsstaat Geborenen den Wert der Freiheit zu schätzen lernen.

DDR-Museum Pforzheim, Hagenschießstr. 9, 75175 Pforzheim, geöffnet sonntags von 11 bis 15 Uhr, Führungen außerhalb der Öffnungszeiten: Gruppen Anmeldung Tel. (072 31) 621 91, Schulklassen Anmeldung Tel. (072 32) 31 79 10

Nicht vergessen!

Am Sonnabend, dem 27. März, ab 10.00 Uhr, Veranstaltung der AG Lager Sachsenhausen 1945-1950 zum 60. Jahrestag der Schließung des Speziallagers. 10.00 Uhr: Massengräber am Kommandantenhof; 11.00 Uhr: Bürgerzentrum Oranienburg, Albert-Buchmann-Str. 17, 16515 Oranienburg

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet 3 Euro pro Person. Treffpunkt: Eingang des Dokumentationszentrums Berliner Mauer, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

Ehemalige Häftlinge gesucht

Die Potsdamer Gedenkstätte „Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ sucht zur Weiterführung ihrer Forschungs- und Dokumentationsarbeiten Kontakt zu Frauen und Männern, die in der Zeit von 1945 bis 1952 im Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes oder von 1952 bis 1989 im Stasi-Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße inhaftiert waren. Wer bisher noch keine Verbindung zur Potsdamer Gedenkstätte hat und über sein Schicksal Auskunft geben möchte, wird herzlich gebeten, sich an die Potsdamer Gedenkstätte zu wenden.

Bitte schreiben Sie an: Gabriele Schnell, Potsdamer Gedenkstätte „Lindenstraße“, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam; wer telefonisch Kontakt aufnehmen möchte, wird gebeten, sich an das Potsdam-Museum zu wenden, Tel. (03 31) 289 68 03.

GULag-Häftlinge nach der Entlassung

(LS)Am Dienstag, dem 4. Mai 2010, 19.00 Uhr, wird in der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin, das Buch „Die Gezeichneten. Gulag-Häftlinge nach der Entlassung“ von Meinhard Stark vorgestellt, der auch schon über „Frauen im Gulag“ publiziert hat. Zum Podiumsgespräch sind eingeladen die Zeitzeugen Günter Martins und Lothar Scholz.

Cottbus-Häftling Rosenbaum-Held gestorben

Dr. Anatol Rosenbaum-Held hat den Kampf gegen den Krebs verloren. Der pensionierte Berliner Kinderarzt starb im Oktober 2009 mit 70 Jahren. Spätestens durch sein 2006 erschienenes Buch („Die DDR feiert Geburtstag und ich werde Kartoffelschäler. Als Arzt und ‚Agent‘ im ‚Kommando X‘ des MfS“) wurde er bekannter als seine prominenten kom-

munistischen Eltern. Sein Vater Heinrich Rosenbaum war Sohn eines jüdischen Privatbankiers und in den 20er Jahren Regisseur an großen deutschen Theatern. Zu seinen Bekannten zählte auch Bertolt Brecht, dem Heinrich Rosenbaum 1949 als damaliger SED-Funktionär in der Kulturverwaltung einen Privatvertrag für das Berliner Ensemble vermittelte. Anatol Rosenbaums Mutter Nelly schloß sich der KPD unter Ernst Thälmann an und gehörte später zur Gruppe Ulbricht. Zum Schutz legten die Eltern den jüdischen Namen ab und nannten sich fortan Familie Held. 1933 emigrierte das Ehepaar nach Moskau, wo Anatol 1939 geboren wurde. Er lebte lange im Funktionärs-Hotel „Lux“ mit Georgi Dimitroff, Wilhelm Pieck und anderen Exil-Kommunisten. 1949 kehrte die Familie nach Berlin zurück, wo Mutter Nelly hochrangiger DDR-Führungskader wird. Trotz kommunistischer Erziehung begehrt der junge Anatol vielfältig auf. Der Jugendliche will Christen nicht ideologisch bekämpfen und wendet sich gegen die DDR-Anfeindungen gegenüber dem Staat Israel. Dennoch darf der Funktionärssohn

Medizin studieren und wird Kinderarzt im Klinikum Berlin-Buch. 1968 versucht er, über die ČSSR zu fliehen, wird gefaßt und landet in der Stasi-U-Haft in Hohenschönhausen. Es folgen monatelange Verhöre und eine Verurteilung zu drei Jahren, die er ab 1970 in der Strafanstalt Cottbus absitzt, wo er für Pentacon Kameras feilen, stanzen und bohren muß. Nach seiner Entlassung darf er zwar weiter als Arzt arbeiten, wird aber ständig von der Stasi überwacht. 1975 darf er für 250 000 DM Lösegeld in den Westen ausreisen. Nach dem Mauerfall findet er die Kraft, seine Erlebnisse zu Papier zu bringen.

Zu seiner Buchpräsentation im März 2007 trat er noch einmal öffentlich auf, damals schon schwer vom Krebs gezeichnet. Anatol Rosenbaum-Held war kein einfacher Mensch, er konnte verbal ganz schön austeilen. Doch er hatte klare Prinzipien und ein großes Kämpferherz für seine Überzeugungen. Und er war ein guter Kinderarzt. Er wird uns bei der Aufarbeitung der Cottbuser Gefängnisgeschichte fehlen.

Tomas Kittan



Anatol Rosenbaum-Held bei seinem letzten öffentlichen Auftritt 2007.

Foto: Tomas Kittan

Leserbrief

Pfui Teufel!

Heinz Florian Oertels Buch „Pfui Teufel“ wurde zum Bestseller, der seine Parteigänger und seine Kritiker beschäftigt. Ich möchte auf seine unverschämte Behauptung (S. 136) eingehen, daß es jene Werwolf-Hitlerjungen für Jahre in Lager „verschlug“, die von sowjetischen Soldaten bei Überfällen „geschnappt“ wurden. Oertel war der unbestritten populärste Sportreporter der DDR mit hoher sportjournalistischer Intelligenz, und er war 17facher Fernsehliebling. Warum also hat er dieses Buch der Ungeheuerlichkeiten nötig? Es wäre besser, er hätte es nicht geschrieben.

Keiner der vielen Jugendlichen, die in den Nachkriegsjahren in die Lager des NKWD gebracht wurden, kennt auch nur einen Jungen, der in der von Oertel beschriebenen Weise seine Freiheit verlor oder deshalb erschossen wurde. Doch gab es Todesurteile, ohne daß die Getöteten etwas getan hatten. Darum habe ich, auch im Namen meiner ehemaligen Lagerkameraden – der toten und der noch lebenden – ein besonderes Recht auf Richtigstellung. Allein drei meiner Klassenkameraden liegen in den Massengräbern von Ketschendorf, Jamlitz und Fünfeichen. Ich kam mit dem Leben davon.

Werwölfe nennt auch Oertel diese Jugendlichen, verleumdet sie und lügt dreist, sie hätten mit primitiven Waffen Überfälle ausgeführt. Das ist Lüge, falsch, verbrecherisch, rücksichtslos, als hätte der Autor den Verstand verloren. Diese Absurdität bringt Oertel an die Öffentlichkeit, nachdem die Oberste Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau sich längst mit diesen Verfolgungen der Nachkriegszeit befaßt und sie für Unrecht, für stalinistisch erklärt hat. Hätte es solche Hitlerjungen gegeben, galt für sie Stalins Befehl vom 3. Februar 1945: „Durch gna-

denlose Liquidierung an Ort und Stelle ist schonungslos mit Personen abzurechnen, die terroristischer Anschläge überführt sind.“

Nichts schrieb Oertel über die zum WM-Spiel nach Hamburg mitgereisten „Fans“. Viele von ihnen hatten nie zuvor ein Fußballspiel gesehen, durften dafür aber das großartige Tor Jürgen Sparwassers miterleben. Während Oertel sich von der Nordseesonne bräunen ließ und versäumte Schule nachholte, er nennt diese Zeit Kriegsgefangenschaft, mußten seine ehemals von ihm befehligten Pimpfe in nächtelangen Verhören schon im Sommer 1945 Mißhandlungen ertragen und sich phantastischer Beschuldigungen von NKWD-Offizieren erwehren. Ohne selbst geschlagen worden zu sein, näßte der schon 18jährige Oertel noch 1946 bei nur einer einzigen harmlosen Befragung durch einen Zivilisten beim NKWD in Cottbus vor Angst in die Hose. So beschreibt es sein Buch tatsächlich.

Sollte Oertels Biographie wahr sein, kehrte er als „Kriegsheimkehrer“ 1946 nach Cottbus zurück und trat als erstmals stadtbekannter HJ-Jungstammführer sogleich jener Partei bei, aus der die meisten Denunzianten kamen, die ehemalige Pimpfe ans Messer lieferten und in die Lager brachten. Im Lager Ketschendorf befanden sich unter etwa 1700 Jugendlichen auch Cottbuser Jungen. Unter ihnen Kurt Lecher, der monatelang im Bunker saß. Die ersten Cottbuser kamen schon hier ums Leben.

Oertels Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener sollte den Staatsanwalt beschäftigen. Pfui Teufel, Herr Oertel!

Kurt Noack, Groß-Kölzig

Hauptmann „Hundeschulze“

Vor 60 Jahren, im März 1950, kam es zu einem Aufstand der Gefangenen im „Gelben Elend“ von Bautzen. Nur einen Monat nach Übergabe des sowjetischen Speziallagers in deutsche Hände wurden die Haftbedingungen so katastrophal, daß unter den Häftlingen eine Hungerrevolte ausbrach. DDR-Polizei knüppelte den Aufstand brutal nieder. Ein Brief mit Hilferufen an die Welt erreichte allerdings den Westen, wodurch die Öffentlichkeit von der verzweiferten Lage der politischen Häftlinge in Bautzen erfuhr.

Die folgende Begebenheit habe ich nicht selbst erlebt. Als sogenannter Schwerstverbrecher wurde ich 1950 nicht den deutschen Kommunisten übergeben, sondern die Russen transportierten uns, wir waren einige Hundert, vom KZ Bautzen zum Roten Ochsen in Halle. Doch wegen erneuter Tbc-Erkrankung wurde ich nicht nach Rußland geschafft, sondern zurück nach Bautzen. Ich kam als Kranker auf Saal 1 im Haus 3, wo ich einen jungen Juden aus Berlin kennenlernte, der mir seinen Leidensweg schilderte. Unter

tonte Bezeichnung „Hauptmann“ ließ oft seine schlechte Stimmung ins Gegenteil umschlagen. Hinter der starken Brille in seinem wohlgenährten Gesicht blickten zwei stechende Augen, die einen nicht anschauen konnten. Die säulenartigen Beine steckten in glänzenden Stiefeln, gegen die er bei aufkommender Erregung dauernd mit einer Hundepeitsche schlug, die er stets bei sich trug. Nicht zu vergessen sein deutscher Schäferhund, ohne den Hauptmann Hundeschulze das KZ Bautzen nie betrat. Er war der Proto-



„Saal (ca. 400 Mann, Platzbreite 39-40 cm)“. Diese Zeichnung vom Gelben Elend in Bautzen machte ein ehemaliger politischer Häftling kurz nach der Entlassungsaktion 1954. Wenig später nahm er sich das Leben. Sein Name ist nicht mehr bekannt.

schwierigsten Bedingungen schrieb ich sein Erlebnis auf und hinterlegte es mit anderen Unterlagen in einer Säule des Saales 1. Der Junge war 1947 in Berlin wegen Sabotage zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, seine vorherige KZ-Haft wurde nicht als strafmildernd angesehen. An seinen Namen erinnere ich mich nicht mehr. Er wurde 1951 aus dem Saal geholt und ist seitdem verschollen. Trotz eifriger Nachforschungen im Lager und auch später war über seinen Verbleib nichts mehr zu erfahren. In den folgenden Jahren stieß ich mehrmals mit dem Aufseher „Hauptmann Hundeschulze“ zusammen. Er drohte mir, falls ich weiter auf meiner renitenten Haltung gegenüber der Lagerleitung beharren würde, müßte ich bis zum bitteren Ende in Bautzen bleiben.

Ich sehe ihn noch nach Jahren vor mir, einen bulligen, kräftigen Kerl in seiner neuen grünen Uniform, die jener der deutschen Polizei vor dem Kriege mehr als ähnlich war. Seine Schulterstücke mit den drei Sternen wiesen ihn als Hauptmann aus. Die von den Häftlingen bewußt be-

typ des gewalttätigen Aufsehers, der die Häftlinge haßte und sie das ständig merken ließ.

Den Beweis seiner kommunistischen Überzeugung lieferte Hauptmann Hundeschulze im März 1950. Es war die Zeit des Hungerstreiks und des Aufstands gegen die unmenschliche Behandlung der Gefangenen durch die Kommunisten. So kam für Hauptmann Hundeschulze der große Tag. Er führte eine Hundertschaft sogenannter Volkspolizisten zum Haus 3. Die Tbc-Kranken lagen auf zwei Sälen und im Zellenbau. Überfallartig drang er dort ein. Ein zaghaft protestierender Polizeisanitäter wurde brutal beiseite geschoben, und Hundeschulze drängte mit seinen Bütteln in Saal 1 hinein. Junge „Volkspolizisten“ prügeln die kranken Häftlinge von den Holzpritschen herunter und jagten sie zum Ende des Saales. Im Mittelgang bildeten die gutgenährten Polizisten eine Gasse, durch die sie die Häftlinge zurückjagten und mit den überlangen Gummiknüppeln gebührend empfinden. Dieses Spießrutenlaufen durch die

Gasse wiederholte sich mehrere Male, begleitet von gezielten Fußtritten und Knüppelschlägen. Die langen Gummiknüppel (1933 waren sie abgeschafft worden) erreichten jeden. Mehrmals taumelten die Kranken durch die Gasse wild zuschlagender „Volkspolizisten“. Dazwischen hörte man die lauten Rufe von Hundeschulze: „Wo ist dieses Judenschwein?“ Den Häftlingen war bereits aufgefallen, daß er beim Durchgang der geprügelten Häftlinge nach einer bestimmten Person Ausschau hielt...

Hundeschulze befahl seinen Bütteln, diesen „Judenbengel“ zu suchen. Mit Hilfe des Schäferhundes wurde schließlich ein junger Jude aus Berlin ausfindig gemacht, unter einer Pritsche hervorgezogen und Hauptmann Hundeschulze, der breitbeinig im Mittelgang stand, vorgeführt. Für einen Augenblick entstand eine Pause beim wahllosen Prügeln. Die Büttel konzentrierten sich auf den Jungen, der nach Ansicht des Hauptmanns der Rädelsführer des Aufstands war. Hundeschulze begann, unbeherrscht zu schreien. Es fielen Worte wie „Verdammter Judenbengel, dir werde ich zeigen, was es heißt, die Strafgefangenen aufzuwiegeln!“ An die anderen Häftlinge gewandt, zeigte er mit der Hundepeitsche auf den Jungen und schrie: Schaut euch diesen Lumpen an, versteckt sich feige, während ihr das ausbaden müßt, was dieses Judenschwein angerichtet hat. Dann klatschte seine Peitsche auf den Unglücklichen nieder, die Polizisten eiferten ihrem Vorgesetzten nach, und ihre überlangen Gummiknüppel sausten auf den sich duckenden Jungen nieder. Dazwischen immer wieder die zynischen Rufe: Schlagt dieses Judenschwein zusammen!

Das Wimmern und Stöhnen der kranken Häftlinge ebte ab, sie standen am anderen Ende des Saales zusammengedrängt und schauten mit großen Augen auf den am Boden liegenden jungen Gefangenen, der weiter brutal geschlagen wurde. Einer der Schergen versuchte, den sich Krümmenden zum Aufstehen zu zwingen, er riß ihn an seinen dünnen Armen hoch. Da konnten alle, auch die Schläger, die eingebraute Häftlingsnummer von Auschwitz sehen. Plötzlich war der Blutausch der „Volkspolizisten“ verfliegen, Hauptmann Hundeschulze gab wie in Trance den Befehl zum Abmarsch. Zurück blieben die geschlagenen kranken Häftlinge. Im Mittelgang hatten sich Blutlachen gebildet. Die Kameraden legten den Jungen aus Berlin auf eine Pritsche, und notdürftig behandelten sie ihn. Heinz Unruh

Veranstaltungen

31.3. (Mi), 19.00 Uhr:

„Helft uns und zwar sofort!“ Der Häftlingsaufstand im Speziallager Bautzen und seine Folgen. Vortrag u. Zeitzeugengespräch d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

31.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Vom Umgang mit den Akten. Das Problem der Vernichtung der Unterlagen der Staatssicherheit. Vortrag v. Dr. Klaus Bästlein, LStU Berlin, Diskussion u.a. mit Michael Beileites, LStU Sachsen, Martin Gutzeit, LStU Berlin Reinhard Schult, Bürgerkomitee 15. Januar, Eckhart Werthebach, ehem. Präsident d. Bundesamtes f. Verfassungsschutz; Veranstaltung d. LStU Berlin, d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Str. 36, 10178 Berlin

5.4. (Mo), 19.00 Uhr:

„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräch in der Runden Ecke mit Dr. Hans-Jürgen Sievers, Pfarrer i.R.; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

6.4. (Di), 19.00 Uhr:

Im Auftrag von US-Militäraufklärung und DDR-Geheimdienst – Die Lebensgeschichte zweier gegnerischer Agenten im Kalten Krieg. Buchvorstellung mit Autorin Dr. Nicole Glocke; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

8.4. (Do), 19.30 Uhr:

Der politische Prozeß gegen Manfred Smolka. Hintergründe des Todesurteils vom 29.4.1960 am Bezirksgericht Erfurt. Bild-Vortrag mit Ton-Passagen u. Gespräch mit Dr. Andrea Herz, TLStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 5, 99084 Erfurt

13.4. (Di), 19.00 Uhr:

„Doppeltes Spiel“. Fußball im Visier der Staatssicherheit. Eröffnung der Sonderausstellung mit einem Vortrag v. Konrad Felber, BStU; Veranstaltung des DDR-Museums Pforzheim; Ort: DDR-Museum, Hagenschiefstr. 9, 75175 Pforzheim

14.4. (Mi), 19.00 Uhr:

„Im Frauen-GULag am Eismeer“. Lesung u. Gespräch mit Autorin Ursula Rumin; Veranstaltung d. KAS u.a.; Ort: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin-Steglitz

15.4. (Do), 19.00 Uhr:

Nachgefragt! Die Überprüfung der DDR-Volkskammerabgeordneten 1990. Podiumsdiskussion d. BStU u.a.;

Studenten im Widerstand

(VT) Nach dem Zweiten Weltkrieg wandten sich viele Studenten in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR aktiv gegen den Totalitarismus des SED-Regimes. Ihr Ziel war die Schaffung eines demokratischen Deutschlands. Sie wurden mit aller Härte verfolgt, auf Jahre ins Gefängnis geworfen, in die Sowjetunion deportiert oder erschossen. Allein in den Jahren 1945 bis 1955 wurden neun Studenten der Universität Leipzig hingerichtet, 95 wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch nach 1955 wurden Andersdenkende an DDR-Universitäten verfolgt.

Einmal im Jahr finden die „Belter Dialoge“ statt und machen die verschiedenen Aspekte des Terrors an ostdeutschen Bildungseinrichtungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Sie sind nach dem Leipziger Studenten Herbert Belter benannt, der 1951 von einem Sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen wurde. Der Name steht symbolisch für die mit ihm verurteilten Studenten und die an anderen Hochschulen tätigen Widerstandsgruppen. Der vorliegende Band ist die schriftliche Fassung der ersten „Belter Dialoge“, einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Universität Leipzig.

.....
Joachim Klose (Hg.): Die Belter-Gruppe. Studentischer Widerstand gegen das SED-Regime an der Universität Leipzig, Belter Dialoge Bd. 1, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009, 95 S., 19,- €

Doppelte Verfolgung

(VT) Seine sozialdemokratische Überzeugung hat den Lebenslauf des 1906 in Dresden geborenen Arno Wend wesentlich bestimmt: Von den Nationalsozialisten verfolgt und verhaftet, überlebte er ihre Herrschaft, kam zurück nach Dresden und wurde dort 1945 einer der führenden Köpfe der sächsischen SPD. 1948 dann die zweite Verfolgung: Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn zu 25 Jahren Haft, davon saß er sieben in Gefängnissen und Lagern, wurde begnadigt und siedelte in den Westen über. Arno Wend

starb 1980 in Wiesbaden. Ein doppelt Verfolgter zu sein, was bedeutete diese Erfahrung für die Opfer? Wie erlebte Wend die beiden aufeinander folgenden totalitären Regime? Der Historiker Mike Schmeitzner analysiert die noch wenig bekannte Biographie Arno Wends anhand unveröffentlichter und bislang unzugänglicher Dokumente u.a. aus Moskauer Archiven. Arno Wends politische Haltung konnte weder durch KZ-Haft und NS-Sondergerichte noch durch Sowjetische Militärtribunale und GULag-Haft gebrochen werden.

.....
Mike Schmeitzner: Doppelt verfolgt. Das widerständige Leben des Arno Wend, Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft 2008, 250 S., 19,95 €

Verrat in der Familie

Schon im Untertitel umreißt die Autorin die erschütternde Geschichte im familiären und politischen Bereich: „Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich“. Ihr Vater, der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich, verließ mit seiner Familie 1977 die DDR. Mit 13 Jahren kam die Tochter Susanne in die völlig neue West-Welt, durfte dennoch aber gelegentlich Verwandte im Osten besuchen. Der Bruder ihres Vaters kümmerte sich dort sehr intensiv um sie, zu intensiv, wie sich dann herausstellte. Vom MfS als IM „Schäfer“ gegen seinen Bruder und dessen Familie eingesetzt, verrät er sie nicht nur, er versucht sogar, seinen Bruder zurück nach Ost-Berlin zu locken. Trotz dieser dramatischen Familiengeschichte, die erst durch die Akteneinsicht 1992 in der damaligen Gauck-Behörde in allen Facetten ans Licht kam, bleibt die Autorin sachlich in der Schilderung. Der Onkel erschoss sich im Dezember 2007 in Berlin, doch die Wunden, die er schlug, schmerzen weiter.

Wieder ein ausgezeichnetes Buch, das der Legendenbildung über die DDR-Staatssicherheit als „Geheimdienst wie jeder andere“ entgegenwirkt. Spannend geschrieben und sehr empfehlenswert. A.O.

.....
Susanne Schädlich: Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich, Droemer Knaur Verlag, München 2009, 240 S., 16,95 €

Zwischen Waldheim und Workuta

(fs/st) Die bereits 1967 in erster Auflage erschienene Sammlung von Erlebnisberichten ehemaliger Häftlinge der kommunistischen Diktatur zwischen 1945 und 1965 dokumentiert politische Verfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg. Männer und Frauen aller Bildungsgrade und verschiedener Berufe – vom Arbeiter bis zum Schriftsteller, von der Hausfrau bis zur Journalistin – sind dabei vertreten. Sie lassen mit ihren Erinnerungen ein Bild vom Alltag politischer Gefangener in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Lagern der SBZ, Sowjetunion und DDR aus zwei Jahrzehnten entstehen, vermitteln aber auch individuellen Strategien, mit dem Haftschicksal fertigzuwerden.

Die hier zusammengestellten Erlebnisse verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit, Terror und Verfolgung im SED-Staat rückhaltlos aufzuklären.

.....
 VOS (Hg.): *Zwischen Waldheim und Workuta. Erlebnisse politischer Häftlinge 1945-1965, gesammelt u. bearbeitet v. Sigurd Binski, 2. Aufl., Vorwort v. Fritz Schüller, mit einer Einleitung v. Karl Wilhelm Fricke, Westkreuz-Verlag 2009, 192 S., 12,- €*

Das MfS tanzt mit

Es ist selten, daß ein Musikverlag ein Buch über Geheimdienste herausgibt, in diesem Fall aber sehr verdienstvoll. Bei Forschungen über Einflüsse des MfS im Bereich des Tanztheaters der DDR hat der Autor, der als Professor an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin tätig ist, Erstaunliches erfahren müssen. In den Theatern der DDR gab es vom MfS initiierte Intrigen und Denunziationen, die selbst vor international bekannten Künstlern, wie z.B. Gret Palucca, nicht haltmachten. Beklemmend liest sich, wie die bedeutende Tänzerin vom MfS überwacht und förmlich eingekreist wurde.

Besonders wichtig waren der Staatssicherheit die Westverbindungen von Künstlern, weil bei Gastspielen im Westen ja auch „Republikflucht“ begangen wurde. Andererseits wurden durch solche Gastspiele die dringend gebrauchten

„Devisen erwirtschaftet“, und so mußten die „Westreisen“ immer wieder genehmigt werden. Das MfS befand sich in der Klemme und setzte dementsprechend auf zunehmend massive Überwachung. Noch im Oktober 1989 fertigte ein MfS-Mitarbeiter Berichte über eine „Westreise“ an. Aber diese Informationen kamen zu spät. Denn auf den Straßen der DDR leiteten bereits große Demonstrationen die friedliche Revolution ein. Für die Künstler und Theater begann eine neue Zeit, doch nicht immer mit neuen Menschen. Deren Geschichte ist hier lesenswert und spannend aufgeschrieben.

Anton Odenthal

.....
 Ralf Stabel: *IM „Tänzer“. Der Tanz und die Staatssicherheit, Schott Music Verlag, Mainz 2008, 240 S., 24,95 €*

Und dennoch überlebt

(VT) Der Autor, 1929 in Schlesien geboren, war einer der 15-Jährigen, die in der Endphase des Zweiten Weltkrieges als letztes Aufgebot zur Verteidigung mobilisiert wurden. Er schildert die Ereignisse der letzten Kriegsmonate und die Vorgeschichte seiner Verhaftung am 25. Mai 1945 durch sowjetische Sicherheitsorgane, der die Verurteilung des gerade 16-Jährigen zu 20 Jahren Zwangsarbeit folgte. Über Zwischenstationen in den Gefängnissen Glatz/Schlesien, Liegnitz, Lemberg, Charkow kam er in das Gefängnis von Dnjepropetrowsk und von dort nach 16 Monaten in die Lager für Strafgefangene im Waldgebiet nahe des Urals (Lagerkreis Potma, mordwinische Republik). Erst Anfang 1954 konnte er nach fast neunjähriger Gefangenschaft zu seinen inzwischen aus Schlesien vertriebenen Angehörigen heimkehren.

Das Buch, das in erster Auflage mit bemerkenswerter Resonanz bereits 1984 erschien, legt das ganze Ausmaß des Leidens an einer grausam verlorenen Jugend dar. Es ist ein eindrucksvolles, menschlich bewegendes zeitgeschichtliches Dokument.

.....
 Eberhard Pautsch: *Und dennoch überlebt. Als Sechzehnjähriger auf dem „Archipel Gulag“, Laumann Verlag Dülmen, 2. erw. Aufl. 2010, Dokumentenanhang, 412 S., 19,50 €*

Veranstaltungen

Ort: Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin

15.4. (Do), 19.00 Uhr:

Der Umgang mit dem Erbe Hans Falladas oder Der lange Arm des MfS. Mit Sabine Lange, Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Falladahaus, Steinstr. 59, 17489 Greifswald

17.4. (Sa), 19.00 Uhr:

zweite pforzheimer kulturnacht. Sonderausstellung „Doppeltes Spiel“ u. Zeitzeugenberichte v. Thomas Kretschmar u. Dietmar Michel; ab 19.00 Uhr jeweils zur vollen Stunde bis ca. 23 Uhr; Ort: DDR-Museum, Hagenschloßstr. 9, 75175 Pforzheim

19.4. (Mo), 19.30 Uhr:

Eröffnungsvortrag zur Ausstellung **„Eigentor“**. Mit Dr. Volker Höffer; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dorfhaus, 17139 Gessin

20.4. (Di), 19.00 Uhr:

Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90. Buchpräsentation mit Autor Andreas H. Apelt; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

21.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Gesicht zur Wand. Filmvorführung und Gespräch; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

22.4. (Do), 19.00 Uhr:

Vorstellung des Kataloges zur Ausstellung **„Utopie und Terror im Kommunismus.** Alja Rachmanowa und Alexander Solschenizyn – zwei russische Schriftsteller-Phänomene“; anschließend **„Humanismus beim jungen Marx?“**, Vortrag v. Prof. Dr. Konrad Löw; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Berliner Rathaus, Berlin-Mitte (Nähe Alexanderplatz)

24.4. (Sa), 18.00-01.00 Uhr:

Elfte Leipziger Museumsnacht. Veranstaltungen d. Bürgerkomitees Leipzig im Museum in der „Runden Ecke“ unter dem Motto „Die schöne Nachbarin“; Vorträge, Filme, Ausstellungen; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

26.4. (Mo), 19.30 Uhr:

Antigone in Bautzen. Ein theatrales Trainingscamp für Freiheitsdrang. Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u. des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen; Karten-Vorverkauf Tel. (035 91) 58 42 25

28.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Zwischen Boulevard und Hofbericht-erstattung. DDR-Medien im Wandel. Diskussion u.a. mit Christoph Singelstein, Hörfunkdirektor RBB, Klaus Wolfram, 1990 Zeitung DIE ANDERE; Veranstaltung d. LStU Berlin, d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: ARD-Hauptstadtstudio, Wilhelmstr. 67a, Berlin-Mitte; nur mit Voranmeldung per Fax (030) 44 71 08 19 oder per E-Mail info@havemann-gesellschaft.de

4.5. (Di), 19.00 Uhr:

Die Poetenpolizei – FDJ-Seminar im Stasisivier. Vortrag v. Axel Reitel, freier Autor u. politischer DDR-Häftling; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

4.5. (Di), 19.00 Uhr:

„Die Gezeichneten. Gulag-Häftlinge nach der Entlassung“. Buchvorstellung v. Meinhard Stark, Autor; anschl. Podiumsdiskussion mit d. Zeitzeugen Lothar Scholz u. Günter Martins; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.5. (Do), 18.30 Uhr:

Aufstand hinter Gittern. Der Gefangenenaufstand in der Strafvollzugsanstalt Brandenburg 1989/90. Ausstellungseröffnung im Rahmen des XXI. Bautzen-Forums; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

6.5. (Do), 19.00 Uhr:

Radio Glasnost. DDR-Opposition auf Sendung. Podiumsdiskussion mit Ilona Marenbach, rbb, Dieter Rulff, Journalist, Roland Jahn, rbb, Stefan Krawczyk, Liedermacher, Mod. Dr. Gabriele Camphausen, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin

21. Bautzen-Forum

6. und 7. Mai 2010

„Unrechtsstaat DDR. Willkür. Gewalt. Macht.“

Ort: Bautzener Brauhaus, Großer Saal, Thomas-Mann-Str. 7

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig

Verbindliche Anmeldung bis zum 23. April 2010 unter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig, Burgstr. 25, 04109 Leipzig, Tel. (03 41) 960 24 31, Fax (03 41) 960 50 91, E-Mail Lpzmail@fes.de

Kunst aus dem GULag

(VTst) Zeichnungen und Begleittexte kennzeichnen diese Dokumentation, in der mit ausdrucksstarken künstlerischen Mitteln das Leben von politischen Häftlingen in den Zwangsarbeitslagern des GULag dargestellt wird. Die Biographie des Autors ist Beleg für die Brutalität, mit der sich in der SBZ der deutsche Sicherheitsapparat der Widerständler entledigte, indem er sie Sowjetischen Militärtribunalen auslieferte, die dann maßlose Urteile verhängten. Es ist Anliegen des Autors, die Folgen einer fortschreitenden Verharmlosung der DDR-Diktatur vor Augen zu führen und aufzurufen, gegenüber Menschenrechtsverletzungen von Gewaltregimes wachsam zu sein.

.....
Martin Hoffmann: Kunst aus dem GULag-KZ, Shaker Media Verlag 2009, 68 S., davon 46 farbig, 14,90 €, Bezug über Shaker Media, Postfach 10 18 18, 52018 Aachen, Tel. (024 07) 95 96 40

Erinnern – nie vergessen

(VT) In Erinnerung an ihren Vater Gerhard Schmitt, der 1946 im NKWD-Lager Mühlberg/Elbe jämmerlich verhungern mußte, hat Helma von Nerée die private Familiengeschichte aufgeschrieben, die durch die Widrigkeiten von Krieg und Nachkriegszeit wahrscheinlich in vielen deutschen Familien Analogien aufweist. Dabei hat sie den Weg vom Tiefpunkt des Familienschicksals – immer unterlegt mit typischen und aussagekräftigen Dokumenten und Zeitungsartikeln – bis in die Zeit nach dem Zusammenbruch der DDR weiterverfolgt. Die Betrachtung mündet in ein politisches Resümee, das vor allem die mangelhafte Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts nach 1990 anklagt.

.....
Helma v. Nerée: Erinnern – nie vergessen. 2. akt. Aufl. 2009, 424 S., 17,90 € zzgl. Versandkosten, Bestellung über Helma von Nerée, Grüner Weg 2, 34431 Marsberg, Tel. (029 92) 85 17

Buchtip

Jan Schönfelder

Der Mut der Einzelnen

Die Revolution in Arnstadt 1989
 Verlag Dr. Bussert und Stadelers 2009, 160 S., 12,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Kurt Böhlend, Alfred Ganzer am 8. März, Liselotte Krause, Erwin Wüst am 12. März, Karl-Heinz Kowallik, Rüdiger Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe, Dieter Witte am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Helmut Henke am 24. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Wolfgang Pitzschke am 31. März, Anneliese Spengeler am 1. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Horst Siering am 14. April, Kurt Eschert am 15. April, Werner Rößler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Harry Hinz, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlichen Dank unseren Spendern

Hans Corbat, Wolfgang u. Susetta Göllnitz, Günter Hoffmann, Elisabeth Junge, Harry Kirsten, Kurt u. Brigitte Kugler, Jutta Petenati, H. u. I. Schicketanz, Klaus u. Gudrun Schönberg, Klaus Surma, Wolf-Otto Walther, Hans-Joachim Wittkopf, Martin Zillmer.

BSV Berlin, Spenden und Beitragskonto 7194 209 200, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00. Absenderangabe nicht vergessen! Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“). – Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Hartmut Behle, Hans-Joachim u. Lisa Berndt, Herbert Buley, Eberhard Büttner, Dr. Hans Dentler, Günter Diez, Margarete Erdmann, Peter G.M. Feige, Gerhard Fischer, Gerda Göderich, Dr. Bettina Greiner, Klaus Habenicht, Dr. Günter u. Renate Herrmann, Manfred Hofmann, Ernst Horstmann, Herbert Köhler, Siegfried Koschwitz, Fritz u. Barbara Mathei, Günther u. Irene Müller, Prof.Dr. Lothar u. Antje Pelz, Rolf u. Gisela Raible, Jürgen Ritthaler, Prof. Dr. Gert Robel, Christa Schatzberg, Rita Schiller, Ingrid Schmidt, Karl-Heinz Schwabe, Dr. Thomas Smolin, Dr. Heinz u. Brigitte Steudel, Hans-Joachim Stöhr, Klaus-J. Surma, Martin u. Käthe Taatz, Günter Töpfer, Lothar Thurmman, Dr. Egon u. Erika Weber, Alexander Wörner, H. Wüstemann, Günther Zogbaum

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Geschäftsführer: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Anschrift: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,– Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 11. März 2010

